

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017

Band 10

Das Märchen von Souveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ...

Band 10/106

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands, Teil 4

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Mai 2011: >>>Die schwarze Genossin

Porträt: Der atemberaubende Aufstieg Angela Merkels von der politischen Quereinsteigerin aus der ehemaligen DDR zur Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland wirft noch immer viele Fragen auf

Die SMS kommt auf der Computermesse Cebit in Hannover. Vor laufenden Kameras. Angela Merkel blickt auf die Anzeige ihres Mobiltelefons. Es ist kurz nach 9 Uhr. Soeben dürfte sie die Nachricht vom Rücktritt ihres Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg erhalten haben. Sie blickt auf. Ein kurzes, schmales Lächeln. Dann stupst sie die neben ihr stehende Annette Schavan an, übergibt ihr das Handy. Die Forschungsministerin blickt auf die Nachricht, dann zur Kanzlerin. Beide sehen sich an. Kurz. Ein Blick der Genugtuung. Dann sehen sie wieder nach vorn, während Schavan zufrieden die Arme verschränkt und versucht, ein Grinsen zu unterdrücken.

Ein Video, auf der Internetplattform Youtube veröffentlicht, dessen Bilder aussagekräftiger sein könnten als jene zahlreichen Persönlichkeitsanalysen, die Journalisten und Biographen als Erklärungsversuche für das Phänomen Merkel von sich gegeben haben. "Den haben wir also auch erledigt", deutet einer der zahlreichen Youtube-Kommentatoren das Gesehene. Merkel hat in der Union viele "erledigt". Helmut Kohl, den sie im Zuge der CDU-Spendenaffäre stürzte. Friedrich Merz, den sie als Unions-Fraktionsvorsitzenden abservierte. Roland Koch, den sie 2008 auf dem CDU-Parteitag in Stuttgart bei einem versehentlichen oder vielleicht gar kalkulierten Versprecher als Roland Kotz bezeichnete. Dazu einen konservativen Bundestagsabgeordneten wie Martin Hohmann, den sie aus der Partei warf.

Zugleich ist die Leistung Merkels nicht zu verachten. Als ehemalige DDR-Bürgerin in einer westgeprägten Volkspartei schaffte sie es ohne politische Hausmacht an die Spitze einer Partei, die so gar nicht zu ihr zu passen schien. Ein Umstand, der ihr zuweilen den Vergleich mit Katharina der Großen einbringt, die als Deutsche in Rußland zunächst auch keinen leichten Stand hatte. Merkel ist es gelungen, der CDU maßgeblich ihren Stempel aufzudrücken. Daß die Union heute Koalitionen mit den Grünen eingeht, sich für mehr Zuwanderung stark macht, die Atomkraft ablehnt, Gesamtschulen absegnet und die Frauenquote befürwortet, hätte wohl kaum einer für möglich gehalten, als Merkel im April 2000 auf dem Bundesparteitag in Essen mit überwältigender Mehrheit zur CDU-Vorsitzenden gewählt worden war.

Wer aber ist die Frau, die sich auf dem Leipziger Parteitag 2003 noch so vehement für Freiheit und Marktwirtschaft stark gemacht hatte und die den Kurs der Union nun stetig weiter nach links verschiebt? Eine Opportunistin, die durch ihre Sozialisation in der DDR gelernt hat,

wandelbar und anpassungsfähig zu sein? Eine, die einen Riecher dafür hat, wann man politische Fronten wechseln muß? Jemand, für den der persönliche Machterhalt an erster Stelle steht und politische Inhalte nur Mittel zum Zweck sind?

Oder ist sie eine die christdemokratische Partei in ihren Grundfesten zersetzende Kraft, die "späte Rache Erich Honeckers", die die Union in eine "sozialistische Partei neuen Typus" verwandelt, wie die libertäre Zeitschrift eigentümlich frei 2009 schrieb? Wer wissen will, wieviel Sozialismus in der Kanzlerin steckt, kommt nicht daran vorbei, sich mit ihrer DDR-Vergangenheit zu beschäftigen, ihr persönliches Umfeld näher zu betrachten und sich auf eine Reise zu begeben.

Es herrscht warmes, heiteres Wetter in der Uckermark. Jener seenreichen Landschaft im Nordosten Brandenburgs, in der die Kanzlerin aufgewachsen ist. Der 16.000-Seelen-Ort Templin ist seit 2005 "KanzlerinStadt". Viele wissen das hier. Viele wissen auch, daß Merkels Eltern hier leben. Horst und Herlind Kasner bewohnen einen Neubau am Ende der Wilhelm-Wilcke-Straße, einer Gegend mit gepflegten Häusern und Gärten mit freiem Blick auf Äcker und Wiesen.

"Hin und wieder kommt ein Audi hier durch die Straße gefahren. Da wissen wir dann schon, das muß Sicherheitspersonal sein", plaudern Nachbarn über gelegentliche Besuche der Kanzlerin. Als sie noch CDU-Generalsekretärin war, haben sie Merkel noch selbst am Steuer ihres grünen Golfs gesehen. Ganz ungezwungen reden die Templiner über Horst Kasner. "Ein bodenständiger, umgänglicher Typ", beschreibt ihn einer der Nachbarn. Doch in bezug auf die Vergangenheit der Kanzlerin reagieren Bekannte und Weggefährten nahezu panisch. Nur wenige wagen sich aus der Deckung. "Sie waren schon linientreu", erinnert sich ein in seinem Garten arbeitender Rentner an die Kasners, der ein paar Straßen weiter wohnt.

Die in Vorwendezeiten oft als unpolitisch beschriebene Angela Merkel entstammt einer in hohem Maße politischen Familie. Schon Willi Jentzsch, ihr Großvater mütterlicherseits, war in den zwanziger Jahren Vorsitzender des Danziger Beamtenbundes. Zudem bekleidete der Oberstudiendirektor in der Hansestadt das Amt eines Senators. Ihr Urgroßvater mütterlicherseits war als Oberstadtsekretär im westpreußischen Elbing tätig.

Vor allem einer wirkte weitaus politischer als gemeinhin bekannt: Horst Kasner. Der Vater der Kanzlerin hatte seine Tochter entscheidend geprägt. Nur wenige Wochen nach Merkels Geburt ging er mit seiner Familie 1954 freiwillig als Pfarrer von Hamburg in die DDR. Als Leiter des Pastoralkollegs, einer kirchlichen Weiterbildungsstelle, betrieb der in der DDR als "Roter Kasner" bekannte Mann nicht nur die Ausbildung angehender Pastoren, sondern auch eine äußerst SED-konforme Kirchenpolitik.

Gemeinsam mit dem ehemaligen Stasi-Mitarbeiter und einflußreichen Funktionär in der DDR-CDU, Clemens de Maizière hatte er die Spaltung der evangelischen Kirche betrieben. Clemens de Maizière ist der Vater des letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière, der laut Spiegel als IM Czerny ebenfalls für die Stasi tätig gewesen war. Auch zu Lothar de Maizière selbst pflegte Kasner Kontakte.

Zudem war er in leitender Funktion Mitglied im Stasi-gelenkten Weißenseer Arbeitskreis, einem Zusammenschluß linker Theologen, der als verlängerter Arm der SED in der Kirchensynode galt.

Darüber hinaus gehörte der heute 84jährige der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) an, einer aus Moskau gesteuerten kommunistischen Tarnorganisation, der auch sein Förderer Albrecht Schönherr angehörte, der ihm den Posten des Pastoralkolleg-Leiters verschafft hatte. Nach Angaben des Merkel-Biographen Gerd Langguth lehnte Kasner neben der Wiedervereinigung auch die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland und die westdeutsche CDU ab.

Die Kasners genießen zu DDR-Zeiten Privilegien. Zwei Autos stehen ihnen zur Verfügung,

ein Privatfahrzeug, ein Dienstwagen. Westreisen sind der Familie gestattet. Mehrmals darf Merkel in die Bundesrepublik reisen. Ihr Vater hatte 1974 und 1975 Italien besucht. Bei einem Diavortrag in Templin hatte er angemerkt, daß nur die Kommunistische Partei Italiens (KPI) gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Kräften das Land aus dem Elend retten könne.

Die Freundin einer Mitschülerin an der Erweiterten Oberschule von Templin hat die heutige CDU-Chefin noch als "linientreue Marxistin" in Erinnerung, die innerhalb ihrer Klasse eine führende Position innehatte. Eine Studentin, die Merkel von der Karl-Marx-Universität in Leipzig kannte, erinnert sich an "eine überzeugte Kommunistin, die ihre Klassenkameraden auf Linie gebracht" haben soll. Und eine ehemalige Nachbarin der Kasners deutete auf einem Klassentreffen ihrem Schulfreund an, Merkel habe in der DDR "die Fahne hoch getragen".

Für ihre Promotionsarbeit mußte Merkel - wie in der DDR üblich - auch eine Abschlußarbeit zur kommunistischen Ideologie anfertigen. Merkel hatte ihre Promotionsnoten zunächst geheimhalten wollen. Doch der Spiegel hatte mit Erfolg auf Aktenauskunft geklagt. Resultat: Die Kanzlerin soll in Marxismus-Leninismus lediglich ein "genügend" erhalten haben, während ihre Physik-Leistung sehr gut war. Überprüfbar ist das nicht. Die Arbeit gilt als verschollen. Eine Kopie habe sie nicht, sagt Merkel selbst dazu.

Ein Akademie-Mitarbeiter hingegen hat anderes in Erinnerung. Demnach habe Merkel ein reges Interesse am Marxismus-Leninismus gezeigt. Wegbegleiter halten ihr eine Nähe zum SED-Regime vor. Hinzu kommt, daß die Kanzlerin an der Akademie der Wissenschaften zum Leitungskreis der FDJ gehörte und als Sekretärin für Agitation und Propaganda gewirkt hatte. Ihre Zuständigkeiten: Politische Bildung und die Vermittlung des Marxismus-Leninismus.

Merkel selbst sagt, sie habe in der FDJ lediglich Kulturarbeit betrieben, Theaterkarten besorgt. Bei ihrem damaligen Gruppenleiter Hans-Jörg Osten hört sich das anders an. Demnach sei sie an der Akademie als FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda tätig gewesen. Zwar könne er sich nicht mehr genau an die Bezeichnung erinnern. Dem Sinn nach sei es jedoch genau diese Tätigkeit gewesen. Überprüfbar ist auch das nicht. Die FDJ-Unterlagen sind ebenfalls verschwunden.

In der Wendezeit schließt sich Merkel, die ursprünglich mit der SPD sympathisierte, dem Demokratischen Aufbruch an. Sie wird Pressesprecherin des Vorsitzenden Wolfgang Schnur. Ein Mann, der zu DDR-Zeiten eng mit Horst Kasner zusammenarbeitete. Und der als inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit enttarnt werden sollte.

Als nach dem 18. November 1990 die CDU als Sieger aus der ersten freien DDR-Volkskammerwahl hervorgeht, wendet sich Merkel der Union zu. Sie wird stellvertretende Regierungssprecherin. Berufen von jenem Mann, dessen Vater zu DDR-Zeiten ebenfalls eng mit Horst Kasner zusammenarbeitete: Lothar de Maizière. Heute betreibt de Maizière eine Anwaltskanzlei gegenüber vom Pergamon-Museum in Berlin. Die Bewohnerin im Stockwerk über ihm ist heute Bundeskanzlerin ...

Die Karriere der Angela Merkel

Angela Merkel wird am 17. Juli 1954 als Tochter von Horst und Herlind Kasner in Hamburg geboren. Erste politische Erfahrungen sammelt sie bereits während ihrer Zeit an der Akademie der Wissenschaften zwischen 1978 und 1989. Als Sekretärin für Agitation und Propaganda gehört sie zum Leitungskreis der FDJ. 1989 tritt sie dem Demokratischen Aufbruch bei und arbeitet als Pressesprecherin für den Vorsitzenden Wolfgang Schnur. Nach der DDR-Volkskammerwahl vom 18. März 1990 wird sie vom DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière zur stellvertretenden Regierungssprecherin ernannt.

Nach der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wird sie zunächst Ministerialrätin im Bundespressesamt. Im Zuge der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 zieht sie als direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis Stralsund-Rügen-Grimmen in den Bundestag ein und wird von Bundeskanzler Helmut Kohl zur Bundesministerin für Frauen und Jugend ernannt.

Nach dem Ausscheiden Lothar de Maizières aus der Politik aufgrund der Enthüllung seiner Stasi-Vergangenheit wird Merkel bereits ein Jahr später stellvertretende Bundesvorsitzende. 1993 übernimmt sie den CDU-Landesvorsitz in Mecklenburg-Vorpommern, 1994 schließlich das Bundesumweltministerium.

1998 wird Merkel CDU-Generalsekretärin, zwei Jahre später infolge der Parteispendenaffäre schließlich CDU-Bundesvorsitzende. Nach Edmund Stoibers gescheiterter Kanzlerkandidatur übernimmt sie 2002 von Friedrich Merz den Fraktionsvorsitz. 2005 bildet sie mit der SPD eine Große Koalition und wird zur Bundeskanzlerin gewählt. 2009 wird sie im Amt bestätigt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. Mai 2011 (x887/...):

>>**Viel Lärm ums Atom**

In der Ethik-Kommission geht es nicht um Pro oder Contra, sondern um früher oder später
Mit einer öffentlichen Expertenanhörung bereitete die Ethikkommission ihre Ende Mai fälligen Empfehlungen zur Zukunft der Kernenergie in Deutschland vor. Bis zu 1,3 Millionen TV-Zuschauer verfolgten das Spektakel, waren am Ende aber auch nicht viel klüger als zuvor.

Der Name des Gremiums ist Programm: Ethikkommission - da geht es nicht nur um Fakten, Daten, Zahlen, da geht es um Gut oder Böse. Die Bundesregierung will sich ihren in der Sache nur schwer nachvollziehbaren Kurs in der Energiepolitik moralisch abfedern lassen.

So verwundert es nicht, daß in der von Angela Merkel installierten 17-köpfigen Kommission und unter den 30 zur Anhörung geladenen Experten neben ein paar Ingenieuren, Physikern und Wirtschaftsfachleuten auch Theologen, Philosophen, Sozialwissenschaftler und sonstige "kritische Geister" ausgiebig zu Wort kamen. Die wenig überraschende Tendenz: Wer für den möglichst raschen Ausstieg aus der Kernkraftnutzung ist, steht auf der guten, der moralisch richtigen Seite, wer trotz Tschernobyl und Fukushima Strom aus der Spaltung von Atomkernen gewinnen will, hat sich mit dem Bösen eingelassen.

So wird seit vielen Jahren die Energiediskussion in Deutschland geführt. Welche Art der Stromerzeugung die Umwelt am wenigsten belastet und die Geldbeutel der privaten und gewerblichen Verbraucher am effektivsten schont, ob die möglichen Gefahren des einen mehr zählen als die tatsächlichen Schäden durch die anderen Energieträger - all diese Aspekte treten zurück. Im Vordergrund steht die Frage: Ist die Nutzung der Kernspaltung, also sozusagen der Eingriff des Menschen in das, was laut Goethe "die Welt im Innersten zusammenhält", ethisch und ideologisch vertretbar?

Dieses Thema hat wie kein anderes dazu beigetragen, aus der grünen Bewegung eine Partei mit klaren politischen Machtperspektiven auf Länder- und Bundesebene zu machen. Darüber hinaus hat, wie die Sitzung der Ethikkommission jetzt wieder bestätigte, die Atomdebatte eine Auflösung traditioneller parteigebundener Grundpositionen bewirkt.

Erst war es die SPD: Unter Helmut Schmidts Führung hatte sie in den 1970er Jahren die Segnungen des nuklearen Fortschritts in fast schon peinlicher Übertreibung bejubelt, um sich spätestens unter Gerhard Schröder als Anti-Atom-Partei bei den Grünen anzubiedern.

Heute sind es die sogenannten bürgerlichen, vormals konservativen Parteien, die mit atemberaubendem Tempo ins Lager der AKW-Aussteiger wechseln. Am wenigsten hätte man diese geradezu fluchtartige Wende von der CSU erwartet. Freilich bleibt noch abzuwarten, ob Ministerpräsident Horst Seehofer und sein Umweltminister Markus Söder den neuen Kurs - Totalausstieg bis spätestens 2020 - durchhalten können. Von der CSU-Landesgruppe im Berliner Reichstag bis zur Landtagsfraktion in München regt sich heftiger innerparteilicher Widerstand, zumindest gegen das vorgegebene Tempo.

Die Argumente, mit denen Union und FDP ihre neue Ausstiegsstrategie begründen, sind nicht neu. Neu ist nur, daß sie nun nicht mehr nur aus dem rot-grünen Lager zu hören sind.

So brachte denn auch die öffentliche Anhörung der Ethikkommission in der Sache nichts

Neues. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles lag mit dem Etikett "Alibiveranstaltung" nicht völlig daneben. Ihr Parteifreund Erwin Sellering, Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, präzierte: Angela Merkel habe die Kommission eingesetzt, um "nicht selbst ihre 180-Grad-Wende in der Atompolitik begründen zu müssen".

Voll des Selbstlobes hingegen wertete Klaus Töpfer (CDU) die Arbeit der von ihm geleiteten Kommission. Der einstige Umweltminister unter Helmut Kohl begrüßte vor allem die "ganz große Chance, das Thema in aller Breite und in aller Öffentlichkeit zu diskutieren".

Positiv anzumerken bleibt, daß die öffentliche Diskussion weitestgehend frei von Polemik verlief. Auch diejenigen, die für eine weitere Nutzung der Kernenergie plädieren, hatten hinreichend Gelegenheit, ihre Argumente in aller Ruhe und Sachlichkeit vorzutragen. Richtig emotional wurde es nur, als der Betriebsratsvorsitzende des AKW-Betreibers RWE, Reinhold Gispert, das Wort ergriff: "Als Mitarbeiter eines Kernkraftwerks kommt man sich im eigenen Land derzeit vor wie auf der Anklagebank. Was erwarten die Kolleginnen und Kollegen von Ihnen, den Mitgliedern der Ethikkommission? Helfen Sie dabei, solchen Auswüchsen, der Panikmache und Diskreditierung einer ganzen Branche, ihrer Mitarbeiter und ihrer Familien Einhalt zu gebieten!"

Der Gewerkschafter erinnerte daran, daß auch für die 30.000 Mitarbeiter in deutschen Kernkraftwerken "Sicherheit unser wichtigstes Ziel" sei. Die Anlagen hätten ein hohes technisches Niveau, die Beschäftigten verfügten über exzellentes Fachwissen. Er hoffe, daß die Kommission "vorurteilsfrei und ergebnisoffen prüft". Die Kernkraftnutzung "war und ist demokratisch legitimiert. Sie wurde und sie wird permanent kontrolliert. Wir haben keinen Anlaß geboten, daß wir heute diffamiert und moralisch angegangen werden, daß wir uns auch im privaten Bereich gegen manchmal massive Beleidigungen zur Wehr setzen müssen."

Wie der Betriebsratsvorsitzende, so verwiesen auch die Vertreter der Energiewirtschaft darauf, daß Deutschland bei einem schnellen Ausstieg aus der Kernenergie den Strombedarf nicht aus eigenen fossilen oder regenerativen Quellen decken könne und daher Strom - auch Atomstrom! - importieren müsse. Gewarnt wurde auch vor einem deutschen "Sonderweg", den kein anderes Land mitzugehen bereit sei. Und selbst Sprecher von Umweltorganisationen, die ja seit langem besonders lautstark den Atomausstieg propagieren, räumten ein, daß mit erheblichen Widerständen aus der betroffenen Bevölkerung zu rechnen ist, wenn man daran gehe, landschaftsprägende Baulichkeiten wie Überlandleitungen, Stromspeicher, Wind- und Solarparks zu errichten. An welcher Stelle - frei nach Brecht - dann erst "die Moral kommt", ließ die Ethikkommission leider offen.<<

Die "dpa" (Deutsche Presse-Agentur) meldete am 27. Mai 2011: >>**Blackout-Debatte**

Warum der Stromausfall ausfällt

Ampeln gehen aus, Züge bleiben liegen, Krankenhäuser müssen auf Notbetrieb umstellen: Bei einem bundesweiten Blackout würde Deutschland im Chaos versinken. Atomlobbyisten schüren die Angst davor - doch sie ist unbegründet. Eine Anatomie der deutschen Energieversorgung.

Es ist das ultimative Horrorszenario und das wohl stärkste Argument gegen einen beschleunigten Atomausstieg: Der Strom fällt aus, und schon nach wenigen Stunden herrschen in Deutschland Zustände wie in einem Roland-Emmerich-Film.

Züge und U-Bahnen kommen abrupt zum Stillstand, Zehntausende sind darin eingeschlossen. Ampeln fallen aus, in Großstädten gerät der Straßenverkehr außer Kontrolle. Telefone mit Festnetzanschluß sind stumm, Handynetze kollabieren. Fernseher bleiben schwarz. Die Wasserversorgung ist beeinträchtigt. In Krankenhäusern springen die Notstromaggregate an, die medizinische Versorgung ist eingeschränkt.

Beschrieben hat dieses Szenario das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Bundestag (TAB). Fazit von dessen Studie: Ein längerer flächendeckender Blackout könnte "einer natio-

nalen Katastrophe zumindest nahekomen".

So weit, so dramatisch. Nur hat das TAB die Studie schon vor zwei Jahren gestartet - lange vor der Katastrophe von Fukushima und der erneuten Beschleunigung des Atomausstiegs. Jetzt beobachten die Autoren mit einigem Unbehagen, wie ihre Ergebnisse in den Schlagabtausch politischer Argumente mit einfließen. "Wir haben ein Extremszenario untersucht, das beispielsweise durch einen koordinierten Terroranschlag real werden könnte", sagt TAB-Büroleiter Thomas Petermann. Daß es durch einen Mangel an Atomenergie zur Stromausfall-Apokalypse kommt, hält er indes für "nicht plausibel".

Dennoch fürchten viele Deutsche den Blackout. Was, wenn das vom TAB beschriebene Szenario doch eintritt? Schon wenige Minuten ohne Strom könnten gewaltigen Schaden anrichten. Und sind nicht gerade 13 von 17 Atommeilern vom Netz? Sind nicht die Stromimporte bedenklich gestiegen? Die Netze überlastet?

"Meines Wissens wurde in Deutschland noch nie so viel zuverlässig abrufbarer Strom so schnell abgeklemmt", sagte Matthias Kurth, Chef der Bundesnetzagentur, im Interview mit SPIEGEL ONLINE. Die Angst vor dem Blackout habe einen berechtigten Hintergrund.

Aber wie real ist die Gefahr wirklich? Eine Anatomie der deutschen Stromversorgung.<<

Die deutsche Zeitschrift "Magazin 2000plus" berichtete am 8. Januar 2012 (x936/...): >>**Die Staats-Simulation "BRD"**

Ein Artikel von *Ingrid Schlotterbeck*

Am 8. Mai 1945 wurden die Kampfhandlungen des 2. Weltkriegs eingestellt, nach dem am 7. Mai Generaloberst Alfred Jodl, als Delegationsleiter der Regierung Dönitz in Reims (Frankreich) die Kapitulationsurkunde unterzeichnete. Am 9. Mai unterzeichnete Generalfeldmarschall Keitel für die Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation in Berlin-Karlshorst.

"Vereinigtes Wirtschaftsgebiet Deutschland"

Der völkerrechtliche Begriff "Debellatio", gemeint ist damit die Niederwerfung des Gegners, trifft hier nicht zu. Die Sieger hätten vom Zustand der "Debellatio" Gebrauch machen müssen. Es gab nur zwei Möglichkeiten, die Annexion, also die Einverleibung der eroberten Gebiete, oder die Subjugation, die Verknechtung des Volkes. Beides haben die Sieger nicht getan, sondern in Potsdam ausdrücklich erklärt, daß weder das Deutsche Volk versklavt werden soll, noch Gebiete im Zuge einer Annexion weggenommen werden. (3-Mächte-Konferenz 17.7. bis 2.8.1945, Potsdam).

Die Siegermächte teilten das Deutsche Reich in Besatzungszonen auf.

Die Westmächte teilten Nord-, West- und Süddeutschland unter sich auf, die Russen besetzten Mitteldeutschland und Ostdeutschland wurde von Rußland unter polnische und russische Verwaltung gestellt. Der Staat Deutsches Reich wurde mit Art. 1 §1 des Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF)- Gesetz Nr. 52 am 12.9.1944 bereits, mit allen Reichsländern, Gauen, Kommunen etc., mit Wissen und Billigung Englands und der Sowjetunion beschlagnahmt.

Der immer noch fehlende Friedensvertrag wird mit den Siegermächten und dem Deutschen Reich zu schließen sein. Daß das Deutsche Reich fortbesteht hat das Bundesverfassungsgericht (so heißt es nun mal), obwohl die Verfassung fehlt und nur ein Grundgesetz von den alliierten Siegermächten der BRD "übergestülpt" wurde, eindeutig festgestellt (BverfGE2, 26 und 2BvF1/1973) siehe dazu auch die Rede Carlo Schmid (in Magazin EXTRA 10).

Seitdem verfügt weder das Deutsche Reich, noch das von den Siegermächten geschaffene Besatzungskonstrukt BRD, noch das vereinigte Wirtschaftsgebiet, nach dem Beitritt der DDR zur BRD, über volle uneingeschränkte Souveränität. Auch wenn durch die Politiker der BRD anlässlich des Zwei-plus- Vier-Vertrages 17.7.1990 in Paris (Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland 12.9.1990) Grenzverläufe bestätigt wurden, können das keine Gebietsabtretungen sein, da die BRD nicht Rechtsnachfolger des Deutschen

Reichs ist.

Bei diesen Verhandlungen wurde der Artikel 23 (Geltungsbereich des Grundgesetzes) und die Präambel auf Veranlassung von James Baker (USA) und Eduard Schewardnadse (Sowjetunion) **gestrichen**. Damit wurde völkerrechtlich betrachtet das gesamte Grundgesetz der BRD aufgehoben.

Gleichzeitig wurde die Verfassung der DDR aufgehoben. Mit der Streichung der Präambel und des Art. 23 GG sind de jure jegliche Rechtsgrundlagen der Organe und Behörden der BRD erloschen, haben somit keine Rechtsgültigkeit mehr. Der territoriale Geltungsbereich des Grundgesetzes ist spätestens mit der Streichung des Art. 23, am 23.9.1990 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, erloschen.

Seit Ende 1990 gibt es das "Vereinigte Wirtschaftsgebiet Deutschland". **Gemäß Artikel 133 Grundgesetz gibt es keine "BRD", lediglich ein vereinigttes Wirtschaftsgebiet! Somit ist die "BRD" eine Staats-Simulation.**

Alle Politiker Schauspieler.

Ein Staat oder ein staatsähnliches Gebilde wird nur vorgetäuscht, nur vorgespielt. Diese Situation verschweigt man den Bewohnern des Wirtschaftsgebietes "BRD", hält diese dumm (nun gut, die lassen sich ja auch für dumm verkaufen) und ist u.a. bei den Euro-Verhandlungen absolut erpreßbar. Was der aufmerksame Betrachter jeden Tag aufs Neue kopfschüttelnd zur Kenntnis nimmt.

Die "BRD" wird völkerrechtlich (und nach den SHAEF-Militärgesetzen) durch eine Nicht-Regierungsorganisation (NGO) geleitet. Bei der UNO werden die NGO-Staaten unter folgendem Link geführt:

<http://esango.un.org/civilsociety/showProfileDetail.do?method=showProfile-Details&profileCode=43653>.

Mit Debellatio bzw. Debellation (lateinisch: "vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung"; bellum "Krieg") bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederung eines feindlichen Staates herbeigeführte Ende eines Krieges. Nach traditionellem ("klassischem") Völkerrecht konnte, aber brauchte damit nicht einherzugehen die Annexion, das heißt die Beseitigung der Staatsgewalt des debellierten Staates und die Inanspruchnahme des Staatsgebiets durch den Sieger.

Die Einführung des Kriegsverbots im modernen Völkerrecht und demzufolge auch des Annexionsverbots beschränkt die Bedeutung der Debellation. Das deutlichste Beispiel einer Debellation ist die Unterwerfung Karthagos durch die Römer. Nach langen verlustreichen Schlachten wurde die Stadt völlig zerstört. (Quelle Wikipedia) ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. Februar 2012: >>Der Zwang zum Glück

Vergeßt das Schreckgespenst vom germanischen Herrenmenschen in Uniform und Knobelbechern, der halb Europa unterjochen will. Jetzt kommt der deutsche Oberlehrer. Er ist grün, links und gut und weiß genau, was politisch korrekt ist. Rassisten, Nazis, Klimasünder, Sexisten, Homo- und Islamophobe kriegen von ihm unbarmherzig eins mit der Moralkeule auf die Mütze. Heute, da kuscht schon Deutschland, und morgen die ganze Welt.

Da hat in den Niederlanden doch tatsächlich einer aufgemuckt - Geert Wilders, der Islamkritiker im Parlament, der auch noch die Regierung stützt. Das geht natürlich gar nicht - da muß ein deutscher Denunziationsverein wie die "Amadeu-Antonio-Stiftung" dem Holländer mal gründlich zeigen, wie man Abweichler mit braunem Dreck bewirft. Hilft sonst nichts mehr, setzt es auch mal Blitzkrieg - wenn in Österreich Waffenstudenten am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und an der ersten Adresse in der Hauptstadt eine Ballnacht feiern wollen, dann marschieren eben ein Bataillon straßenkämpferprobter Antifa-SA ein und probt mal wieder den Anschluß auf dem Heldenplatz, um den Kameraden Schnürschuh zu zeigen, wie Straßenterror

richtig geht.

Wer Nazi ist, bestimmen die Gesinnungswächter

Wer Nazi ist, bestimmen dabei die Gesinnungswächter. Soll keiner glauben, er käme davon, bloß weil er Jude und israelischer Staatsbürger ist. Zuletzt mußte diese Lektion der Jerusalemer Professor Martin van Creveld lernen. Der hatte in der irrtümlichen Annahme, in Deutschland herrsche noch akademische Freiheit, an der Universität Trier eine Gastprofessur angenommen. AStA, Gewerkschaften, Grüne, Jusos und "Linkspartei" erfüllten wachsam ihren Kampfauftrag und denunzierten ihn wegen "Frauenfeindlichkeit, Militarismus, Antisraelismus", worauf die Universitätsleitung umfiel und den israelischen Hochschullehrer vor die Tür setzte.

Wenn es darum geht, am deutschen Wesen die Welt genesen zu lassen und kollaborationsunwillige Ausländer mit Totschlagvokabeln zu bewerfen, lassen sich die Grünen so leicht von niemand übertreffen. Ihre Fraktionen, Geschäftsstellen und Abgeordnetenbüros in Europa, Bund und Ländern sind sozusagen Schaltzentralen des gutmenschlichen Imperialismus.

Der drohende Zeigefinger der deutschen Grünen

Ganz egal, ob der Ungar in den Senkel gestellt werden muß, weil er es gewagt hat, eine nichtlinke Regierung zu wählen, die noch dazu die Interessen des eigenen Volkes vertreten will, oder ob dem Polen mal wieder die Leviten gelesen werden müssen, weil er doch tatsächlich glaubt, in die Kernenergienutzung einsteigen zu können, wo man doch eben stellvertretend für ganz Europa im eigenen Land den Ausstieg durchgeboxt hat - die Grünen sind immer vorn dabei.

Wer in Osteuropa die bunte Begeisterung für Homo-, Trans- und sonstige Sexualität nicht teilt, bekommt prompt Besuch von grünen Spitzenpolitikern; Volker Beck reist dafür regelmäßig bis nach Moskau. Wem das Einschmelzen der Nationalstaaten im europäischen Einheitsbrei nicht paßt, der wird von Daniel Cohn-Bendit nach Gutsherrenart zusammengefaltet, und wenn er Vaclav Klaus heißt und Staatspräsident der Tschechischen Republik ist. Und am neugewählten ägyptischen Parlament bereitet den Bundestags-Grünen nicht etwa die riesige Fundamentalisten-Fraktion Kopfzerbrechen - ihr erhobener Zeigefinger gilt dem viel zu niedrigen Frauenanteil.

Die Diktatur der Jakobiner hieß auch "Wohlfahrtsausschuß"

Ironie beiseite - die Aufzählung ließe sich noch lange fortsetzen. Nur: Woran liegt es, daß die Weltverbesserer und Interventionisten gerade aus dem linken Stall in alle Welt ausschwärmen, um andere Länder und Völker nach Herrenmenschenart zu bevormunden? Warum können diejenigen, die beständig "Vielfalt" und "Toleranz" im Munde führen, es am allerwenigsten ertragen, wenn jemand anderer Meinung ist und die eigene Tradition und Kultur höher schätzt als multikulturelles Einerlei? Warum sind Menschen, die "Aufklärung" und "Vernunft" gepachtet zu haben glauben, so erpicht darauf, die eigenen ideologischen Steckenpferde bis in die entlegensten Winkel der Welt zu reiten, wo niemand etwas mit ihnen anfangen kann?

Die Antwort ist so verblüffend wie einfach: Eben weil es Linke sind. Wer glaubt, er hätte den ideologischen Schlüssel zur Erlösung der Menschheit in der Tasche, wird unduldsam gegen jeden, der sich nicht erlösen lassen will, und schreitet zur Zwangsbeglückung. Gulag und Umerziehungslager sind nicht umsonst linke Erfindungen, und die erste totalitäre Diktatur der neueren Geschichte wurde nicht zufällig von den linken Jakobinern errichtet und hieß "Wohlfahrtsausschuß": Sie meinen es ja nur gut, und dafür ist kein Opfer zu groß.

Wer von abstrakten Ideen ausgeht statt von der konkreten Widersprüchlichkeit des Realen, der landet früher oder später bei der universalen Gleichschaltung. Als legitime Zwillinge des Liberalismus finden Linke deshalb nichts dabei, unter der Fahne von Multikulturalismus, Antirassismus, Gender Mainstreaming und Klimareligion gegen die gewachsene Wirklichkeit der Länder, Völker und Kulturen zu Felde zu ziehen, um der globalisierten Welteinheitsgesell-

schaft die letzten Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Um so notwendiger braucht es da standfeste Konservative, die den fanatischen Gleichmachern und schrecklichen Vereinfachern in die Parade fahren, bevor alles in Scherben fällt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Mai 2012 (x887/...):

>>**Von der Energiewende zum Stromkollaps**

Zahlreiche Institute warnen vor den Gefahren der Unterversorgung - Keine Vorsorge für Notfälle

Je stärker der Ausbau der Solar- und Windstromerzeugung voranschreitet, desto deutlicher wird, daß mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eine gigantische Umverteilungsmaschinerie zu Lasten der Verbraucher in Gang gesetzt wurde. Durch den ungebremsten Ausbau der regenerativen Energieerzeugung wächst allerdings noch ein anderes Risiko - das eines bundesweiten Kollaps des Stromnetzes, der innerhalb weniger Stunden zu einem flächendeckenden Chaos führen würde.

Die Niederlage Norbert Röttgens (CDU) bei der NRW-Wahl hat eine weitere Niederlage des ehemaligen Umweltministers in den Schatten gerückt. Nur zwei Tage vor der Landtagswahl war Röttgen im Bundesrat daran gescheitert, die Förderung für die erneuerbaren Energien zu begrenzen. Der ungebremste Ausbau von Solar- und Windkraftanlagen hat für die Verbraucher eine Kostenlawine losgetreten, die sich immer mehr in den Haushaltskassen bemerkbar macht. Auf einen Barwert von 335 Milliarden Euro schätzt etwa der Wissenschaftler Georg Erdmann von der TU Berlin die direkten und indirekten Kosten durch das EEG für den Zeitraum von 2010 bis 2030. Die Folge:

Immer mehr Haushalte können ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen. Bundesweit wurde im Jahre 2010 nach einer Hochrechnung der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen rund 600.000 Mal Verbrauchern wegen offener Rechnungen der Strom abgedreht. Betroffen sind vor allem die sozial Schwächsten, so daß der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums bereits vor einem "gewaltigen Umverteilungsprogramm" von unten nach oben warnt. Daß der Hartz-IV-Empfänger über den Strompreis die Solaranlage des wohlhabenden Eigenheimbesitzers finanziert, wird von der zugespitzten Formulierung zunehmend zur Realität.

Das noch von der rot-grünen Koalition im Jahr 2000 auf den Weg gebrachte EEG entwickelt neben dieser sozialen Schieflage allerdings zunehmend auch noch ein anderes Risiko. Mit jeder Photovoltaik- und Windkraftanlage, die in Betrieb genommen wird, wird das Stromnetz anfälliger für einen flächendeckenden Kollaps, einen sogenannten "Blackout". Zum Problem könnten nicht nur fehlende Hochspannungsleitungen von Nord nach Süd oder Engpässe bei der Energieerzeugung, etwa im Winter, werden, auch die Qualität des Stroms wird zunehmend schlechter. Zwar hat es Netzschwankungen und Spannungseinbrüche schon immer gegeben, durch die massive Zunahme der Zahl kleinerer Stromproduzenten wird die Netzstabilität aber immer fragiler und das Netz immer schlechter steuerbar.

Grundlage der Netzstabilität waren bisher Braunkohle- und Kernkraft-Grundlastkraftwerke. Diese eignen sich im Gegensatz zu den Solar- und Windkraftanlagen als Anker zur Frequenzstabilisierung bei 50 Hertz. Allerdings sind diese Kraftwerke aufgrund der wachsenden Einspeisung des "Öko-Stroms" mittlerweile so wenig in Betrieb, daß die Forderung nach Subventionen immer lauter wird, damit sie überhaupt noch in Bereitschaft gehalten werden. Die Verkettung mehrerer Störfaktoren, wie sie etwa im Stromnetz Kaliforniens bereits vorgekommen ist, könnte bei dieser Ausgangslage auch in Deutschland zu dramatischen Folgen führen: im Extremfall zum Kollaps des gesamten bundesdeutschen Stromnetzes.

Auslöser könnte die mißlungene Stabilisierung eines lokalen Stromnetzes sein, die sich dann kaskadenartig auf das Gesamtnetz ausbreitet. Falls es zu einem derartigen Ereignis kommt, dann wird es nicht Stunden, sondern Tage dauern, bis das Netz wieder stabilisiert ist, so die

Prognose von Guido Knott vom Energielieferanten E.ON.

In einer Studie des Netzbetreibers "Swissgrid" wurde ein derartiges Szenario bereits eingehend für die Schweiz untersucht. Allein in der überschaubaren Alpenrepublik würde man zwei Tage benötigen, um die Stromversorgung wieder aufzubauen. Der Betreiber "Austrian Power Grid" geht sogar von einer Woche aus, die es dauern könnte, das österreichische Gesamtnetz wieder hochzufahren. Der schrittweise Wiederaufbau des Netzes gleicht dabei einem Balanceakt, bei dem jeweils nur so viel Strom bezogen werden könnte, wie schrittweise wieder eingespeist wird.

Während bisher in den deutschen Medien die verbrauchsstarken Wintermonate als kritisch für die Stromversorgung gesehen wurden, hat die Bundesnetzagentur auf ein eher weniger beachtetes Risiko hingewiesen: einen Netzzusammenbruch im Sommer, wenn eine große Zahl von Photovoltaikanlagen in Betrieb ist, aber Großkraftwerke wegen Revisionsarbeiten vom Netz genommen werden. Mit den Folgen eines solchen flächendeckenden Stromausfalls hat sich bereits im Jahr 2010 das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) beschäftigt:

"Betroffen wären alle kritischen Infrastrukturen, und ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern", lautet eine der dramatischen Einschätzungen der erstellten Studie. Innerhalb weniger Stunden würde sich ein flächendeckendes Chaos einstellen, weil unter anderem Verkehrsleitsysteme, der Bahnverkehr, Wasserwerke und Tankstellen ausfallen würden. Relativ schnell würden auch Lieferketten im Handel und der Industrie zusammenbrechen, nach 24 Stunden wäre das Gesundheitswesen massiv beeinträchtigt. Vorsorgekonzepte für einen derartigen längeren Stromausfall waren laut der Bundestagsstudie zumindest im Jahr 2010 nicht vorhanden.<<

Der deutsche Hochschullehrer i.R. Dr. Hans Penner forderte bereits am 21. August 2012 den Rücktritt der Bundeskanzlerin Merkel (x932/...): >>**Merkel betreibt Auflösung Deutschlands**

Im Widerspruch zu ihrem Amtseid betreibt Frau Dr. Angela Merkel eine Energie- und Europapolitik, die Deutschland großen Schaden zufügt und zu Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Verarmung führen wird. Aus diesen Gründen ist der Rücktritt von Frau Dr. Angela Merkel von ihrem Amt als Bundeskanzler zu fordern.

1. Auflösung der Bundesrepublik Deutschland

Frau Merkel betreibt die Auflösung der Bundesrepublik Deutschland als souveränen Rechtsstaat. Deutschland soll in einen europäischen Bundesstaat integriert werden, der aller Voraussicht nach eine sozialistische Fiskal-Diktatur sein wird. Diese Bestrebungen widersprechen Artikel 20 des Grundgesetzes. Das Grundgesetz erlaubt den Bürgern Widerstand gegen diese Politik.

2. Vernachlässigung der Bankenaufsicht

Durch Vernachlässigung der Bankenaufsicht unter der Regierung von Frau Merkel hat sich in Deutschland der Schwerpunkt der Bankentätigkeit auf das Investmentbanking verlagert. Als Ergebnis betreiben Banken riskante Geschäfte, deren Verluste der Steuerzahler tragen muß.

3. ESM-Vertrag

Auf Betreiben von Frau Merkel soll in Luxemburg eine unzutreffend als "Europäischer Stabilitätsmechanismus" (ESM) bezeichnete internationale Finanzbehörde geschaffen werden. Laut ESM-Vertrag soll diese ESM-Bank volle Immunität genießen. Beaufsichtigungen oder Kontrollen der ESM-Bank sind untersagt. Die Mitarbeiter der ESM-Bank sind zum Stillschweigen verpflichtet.

4. Schulden-Union

Unter Mißachtung der europäischen Gesetze betreibt Frau Merkel die Umgestaltung der EU in eine Schuldenunion. Die ESM-Bank dient ausschließlich dem Zweck, die Gläubiger maroder

Banken zufriedenzustellen.

5. Preisgabe der Haushaltssouveränität

Die Finanzierung der ESM-Bank bedeutet die Preisgabe der Haushaltssouveränität des Bundestages. Der Bundestag kann zwar das deutsche Mitglied des Gouverneursrates der ESM-Bank beeinflussen, nicht aber die Entscheidungen des Gouverneursrates.

6. Anstieg der Staatsverschuldung

Unter der Regierung von Frau Merkel stieg die Staatsverschuldung von 1,5 auf 2,1 Billionen Euro. Auf Betreiben von Frau Merkel verpflichtet sich Deutschland, der ESM-Bank einen Betrag von 190 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Da Deutschland dieses Geld nicht hat, kann dieser Betrag nur durch eine höhere Neuverschuldung aufgebracht werden. Darüber hinaus kann der Gouverneursrat das Grundkapital des ESM und damit den Beitrag Deutschlands jederzeit nach Belieben erhöhen.

7. Torpedierung der Sozialen Marktwirtschaft

Frau Merkel torpediert die Soziale Marktwirtschaft durch zwangswirtschaftliche Verordnung unwirtschaftlicher Stromerzeugungsmethoden.

8. Vernichtung der Kerntechnik

Ohne rationale Begründung vernichtet Frau Merkel die hochentwickelte, sichere deutsche Kerntechnik und zwingt zum Import von unverzichtbarem Nuklearstrom. Die Eigentümer der Kernkraftwerke werden gesetzwidrig zwangsenteignet. Die Gesamtkosten müssen vom Steuerzahler getragen werden. Deutschland verliert seine Kompetenz auf dem Gebiet der Kernenergie.

9. Propagierung der Klimakatastrophen-Hypothese

Wider besseres Wissen behauptet Frau Merkel als promovierte Physikerin, Kohlendioxid sei ein Schadstoff, obwohl dessen Klimasensitivität unter 1° C liegt. Kohlendioxid-Emissionen haben keinen schädlichen Einfluß auf das Klima, fördern aber das Pflanzenwachstum.

10. Umbau der Stromversorgung in Deutschland

Frau Merkel fordert einen extrem kostspieligen unnötigen Umbau der Stromversorgung in Deutschland, der nach gegenwärtigen Schätzungen einen Anstieg der Stromkosten auf das dreifache bewirken wird. Süddeutschland soll aus dem Wattenmeer mit Strom versorgt werden, was Stromleitungen erfordert von der Länge München - Moskau.

11. Gefährdung der Sicherheit der Stromversorgung

Frau Merkel fördert einen exzessiven Ausbau der sogenannten "erneuerbaren" Energieformen Photovoltaik, Windkraft und Biogas. Dadurch gefährdet sie in zunehmendem Maße die Netzstabilität und macht großräumige und langdauernde Stromausfälle immer wahrscheinlicher. Solche Stromausfälle werden nicht nur große Sach- und Vermögensschäden anrichten, sondern möglicherweise auch Tote und Verletzte fordern.

12. Belastung der Umwelt

Die von Frau Merkel geforderten und geförderten "erneuerbaren" Energieformen Photovoltaik, Windkraft und Biogas belasten die Umwelt in Deutschland, ohne irgendeinen Einfluß auf das Weltklima auszuüben.

13. Zerstörung der Familie

Unter der Regierung von Frau Merkel wird die Familienstruktur unseres Volkes zerstört. Jede Woche werden einige tausend sozial unerwünschte ungeborene Deutsche vor ihrer Geburt getötet.

14. Islamisierung Deutschlands

Unter der Regierung von Frau Merkel werden an Universitäten islamische Lehrstühle eingerichtet, um die verfassungswidrige totalitäre Ideologie des Islam auszubreiten.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. September 2012 (x887/...): >>Wir sind Merkel

Gertrud Höhlers Kritik an der Kanzlerin öffnet Blick auf tiefer liegende Probleme

Während in den meisten Medien das Buch "Die Patin" als Rache einer enttäuschten CDU-Wegbegleiterin abgetan wird, bietet es durchaus traurige Wahrheiten.

Die Reaktionen der großen Medien auf das Merkel-Buch von Gertrud Höhler steigern sich teils in regelrechte Haß-Tiraden hinein. Die 71-jährige Literaturwissenschaftlerin wird in einer Weise persönlich attackiert, die keine Grenzen mehr zu kennen scheint.

Die Methode, den Autor zu demontieren, um seine Thesen nicht mehr ernsthaft diskutieren zu müssen, ist aus der Sarrazin-Kontroverse vor zwei Jahren noch bestens in Erinnerung. Doch ebenso wie damals steht der beinahe einhelligen Ablehnung seitens der Medien eine weitaus differenziertere Beurteilung von seiten des Volkes gegenüber. In Leserbriefspalten und Internet-Foren erfährt Höhler neben Kritik auch viel Unterstützung. Ihr Eindruck von einer zerfallenden Demokratie und eines gefährlich bröckelnden Rechtsstaats wird offenbar von vielen Menschen geteilt.

Was also ist dran an Höhlers Vorwurf, unter der Kanzlerschaft Merkels erodierten Demokratie und Rechtsstaat?

Für den Rechtsstaat ist es unerlässlich, daß sich die politische Führung an Recht und Gesetz hält. Zutreffend bemerkt Höhler, daß bei der abrupten Energiewende und ebenso bei der Euro-Rettung Gesetze reihenweise gebrochen wurden. Das aber ist das Gegenteil von Rechtsstaat: Daß man Gesetze nach Belieben brechen darf, wenn man nur die Macht dazu besitzt. Doch genau dies ist unter Merkel geschehen.

Und die Demokratie? In den Parteien des Bundestages hat es nie ernsthafte, ergebnisoffene Diskussionen über die Euro-Einführung gegeben, eine Volksabstimmung wie in anderen Ländern blieb den Deutschen ebenso versagt.

Letzteres indes weist noch in die Zeit vor Merkel zurück. Höhlers Glorifizierung der Kohl-Ära als gleichsam goldenes Zeitalter der Demokratie geht daher in die Irre.

Aber wie geht es weiter? Heute wird sichtbar, daß mit dem Euro das Fundament unseres demokratischen Rechtsstaats an sich zur Debatte steht, Stichwort "Vereinigte Staaten von Europa". Doch lassen Politiker keinen Zweifel aufkommen, wie sie diese Umwälzung zu realisieren gedenken: Abermals soll ohne Volksbeteiligung alles soweit vorangetrieben werden, bis den Deutschen kaum etwas anders übrig bleibt als zuzustimmen oder Chaos zu riskieren. Das Volk also wird ganz unverhohlen übers Ohr gehauen.

Aber ist das alles allein Merkels Schuld? Wenn ja: Warum läßt sich das Volk dies gefallen? Bettina Röhl stellt in der "Wirtschaftswoche" die entscheidende Frage, ob die Kanzlerin nicht vielleicht nur das Symptom einer allgemeinen Krise der Parteiendemokratie sei, der ein kaum weniger orientierungsloses Volk gegenüberstehe. Merkel füllt demnach nur das Vakuum, das andere hinterlassen haben. Röhl's Analyse der Kontroverse ist nicht bloß die intelligenteste, sie ist auch die beunruhigendste.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Oktober 2012 (x887/...): >>Wider die Wirklichkeitsverweigerung

Der bürgerliche Soziologe Helmut Schelsky plädierte dafür, sich von Sachgesetzen statt von Ideologien leiten zu lassen

In Zeiten, in denen die Finanztöpfe für eine Heerschar von Wissenschaftlern, Journalisten und Kulturschaffenden aus "Kampf gegen Rechts", "Gender Mainstream" oder einer ineffektiven "Entwicklungshilfe" bestehen und die geistige Korruption entsprechend um sich greift, wären Soziologen vom Schlage Schelskys wichtiger denn je. Am 14. Oktober wäre der gebürtige Chemnitzer 100 Jahre alt geworden.

Helmut Schelsky wuchs zur Zeit der politischen Jugendbewegung auf. Dem Nationalsozialis-

mus schloß er sich an, war dem NS-"Weltanschauungspapst" Alfred Baeumler aber ohne Sinn für die Rassenlehre. Schelsky wurde Assistent von Arnold Gehlen in Leipzig und Königsberg, auch von Hans Freyers in Budapest. Aus dem Kampf um Ostpreußen kam Schelsky 1945 als Verwundeter nach Flensburg. Er baute den Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) auf, wurde zum Gegenspieler der Frankfurter Schule und forderte, was heute so wichtig ist: Realitätssinn.

In der jungen Bundesrepublik machte sich Schelsky zunächst als Hamburger Jugend- und Familiensoziologe einen Namen. Die 1953 vorgelegte Untersuchung "Wandlungen der Deutschen Familie in der Gegenwart" behauptete eine "nivellierte Mittelstandsgesellschaft" durch Aufstiegsmöglichkeiten auch der Vertriebenen. Ein Rückfall in totalitäre Borniertheit hielt Schelsky für strukturell unwahrscheinlich. Die Jugend von damals sei auch keine überschwengliche, sondern "Die skeptische Generation", so der Titel eines 1957 in Düsseldorf veröffentlichten Werkes.

Zu dieser Zeit arbeitete Schelsky gewerkschaftsnah, war der SPD unter Willy Brandt aber bald zu konservativ. Er wagte es, die heilige Kuh "Mehr Demokratie wagen!" zu schlachten. Der Aufsatz "Mehr Demokratie oder mehr Freiheit?" von 1973 wurde zur Initialzündung für den erfolgreichen CDU-Slogan "Freiheit statt Sozialismus". Es ging Schelsky um die Behauptung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung - nicht nur um eine demokratische Grundordnung. Doch es setzte sich bundesweit die Strategie durch, das gewaltenteilig geprägte Demokratieverständnis als undemokratisch abzutun.

Der "Kampf gegen Rechts", der immer auch als einer für mehr Demokratie ausgegeben wird, konnte daher im wiedervereinten Deutschland auf fruchtbaren Boden fallen. Eine Demokratie, die nicht zwei Pole gleichberechtigt in sich aufnimmt, ist eine Farce, wußte Schelsky noch. Er bezog "bewußt konservative Denker" wie Armin Mohler, Gerd-Klaus Kaltenbrunner oder Caspar von Schrenck-Notzing in seine Überlegungen ein, meinte für sich aber mehr ein Liberaler zu sein. Das war in den 1970er Jahren. Heute bezieht sich kaum jemand auf bekennende Konservative; sie bleiben auf Nischen verwiesen und dienen als Auslöserreiz für Abwehrreflexe einer nach Identität ringenden Linken.

Für Schelsky gab es zwei Arten, Demokrat zu sein; erstens eine, bei der Demokratie für sich in Anspruch genommen wird, um sie anderen um die Ohren zu hauen; zweitens eine, die gelebt werden muß durch Respekt vor Andersdenkenden. Letzteres werde seltener. Darauf hätte sich die in den 1960er Jahren geborene Generation einzustellen, sie müsse "in den Untergrund gegenüber der herrschenden Publizität, Politisierung, Verschulung und Verwaltung" gehen. "Eine neue Front des langen Atems" sei nötig, "das kulturelle Erbe zu retten".

Schelsky war zur Zeit der Planungseuphorie Planungsbeauftragter für die Reformuniversität Bielefeld. Diese Tätigkeit war Schelsky Ansporn, der Betreuung und Beplanung von Menschen soziologisch nachzugehen. Das war Teil einer "Suche nach Wirklichkeit", wie sie Schelsky 1965 zum Titel seiner Schlüsseltexte erhöhte. 1973 referierte Schelsky dann zum Thema "Der selbständige und der betreute Mensch", ein ganzer CSU-Parteitag jubelte ihm zu. Der unter diesem Titel erschienene Band analysiert die heute Political Correctness genannte "Sprachherrschaft", auch das "geborgte Elend", mit dem eine wachsende Schar Linksintellektueller für immer mehr Umverteilung Sorge, vor allem für sich selber. Die mit dieser Stoßrichtung 1975 vorgelegte Monographie "Die Arbeit tun die anderen" wurde zum Bestseller.

Fachlich widmete sich Schelsky damals zunehmend der Rechtssoziologie. Er wollte die Bedingungen personaler Freiheit in Staat und Organisationen klären. Die Jurisprudenz dürfe sich nicht durch Politisierung außerjuristische Maßstäbe zu eigen machen. Das war vor allem gegen die Diskursethik von Jürgen Habermas gerichtet. Die Politisierung des Beamtentums war Schelsky nichts anderes als parteipolitische Ämterpatronage. Daß die Entfremdung von gewaltenteiligen Prinzipien unterhalb der Schwelle des rechtlich Greifbaren ablief, war Schelsky

zu betonen wichtig. Denn hier fand die Schutzbehauptung ihren Ausgang, die angestellten Analysen seien wenig greifbar und sollten nicht wichtig genommen werden.

Schon länger ging es Schelsky um die Beachtung von Sachgesetzlichkeiten. Er schrieb 1961 die Abhandlung "Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation", die zum Abstraktesten gehört, was er aufbot. Um so leichter konnten Kritiker Gegenbeispiele anmelden, die aufzeigen sollten, wo überall Demokratie oder Politisierung sinnvoll zum Zuge kommen sollten, statt auf Sachgesetze zu pochen. Der theoretische Gehalt ist allerdings schwer abweisbar: Wenn Sachgesetze durch Politisierung einfach überstimmt werden, wachsen sie wie Geschwüre. Abzulesen ist das an steigenden Staatsschulden. Auch die Einführung des Euros ließe sich als politisch motivierte Ignoranz gegenüber rechtzeitig angemeldeten Sachgesetzlichkeiten deuten.

Die Realität ist wie so oft komplex. Dieser Komplexität gerecht zu werden kann nur gelingen, wenn sich niemand von vornherein für einen besseren Demokraten hält, für besser aufgeklärt oder im Vollbesitz der Kenntnisse von Sachgesetzen. Schelsky wußte das, und er schloß ausdrücklich auch seine eigene Fehlbarkeit ein. Er kritisierte 1975 in "Die Arbeit tun die anderen" entsprechende Selbstherrlichkeiten bereits im Untertitel als Streber nach Priesterherrschaft im intellektuellen Gewand. Die treibende Kraft war für Schelsky bei alledem die Soziologie, weshalb sich der am 24. Februar 1984 in Münster gestorbene Wissenschaftler auch als - soziologisierenden - "Anti-Soziologen" bezeichnete.

Der Verfasser dieses Beitrags ist Autor des Buches "Helmut Schelsky - Wider die Wirklichkeitsverweigerung. Leben, Werk, Aktualität", Olzog Verlag, München 2012.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Dezember 2012 (x887/...): >>Mit eigenen Augen

Wie weit sich Klimadeutschland noch veräppeln läßt, wie untergehende Inseln plötzlich größer wurden, und wie grüner Rassismus klingt

Es ist wieder Klimagipfel, diesmal im vollklimatisierten Ölmirat Katar. Wie passend: Kein Land der Welt jagt pro Kopf so viel Kohlendioxid in die Luft wie eben jenes kleine, steinreiche Land am Persischen Golf. Hinter der Wahl des Tagungsortes blitzt feine Ironie auf: Mal sehen, wie weit sich die Klimatöffel aus Europa noch veralbern lassen! Grenzenlos, wie es scheint.

Es ist so, als würde Nord-Korea zur Welt-Menschenrechtskonferenz einladen. Da würden die Deutschen bestimmt auch hinfahren und hinterher feststellen, daß in den kommunistischen Konzentrationslagern des Landes schon "meßbare Fortschritte bei der Einhaltung der elementaren Menschenrechte" erzielt worden seien, weshalb es nun darauf ankomme, das "auch Deutschland einen Beitrag leistet", sprich: Geld nach Pjöngjang überweist.

Denn genau darum geht es natürlich auch in Katar, um Geld. Zur Jahreswende bekommen die deutschen Stromkunden ohnehin schon ganz klimagerecht eins übergezogen bei den Strompreisen. Doch es soll noch viel besser kommen: Zusätzlich zu den politisch verursachten Mehrkosten innerhalb Deutschlands soll in der Katar-Konferenz ein "Grüner Klimafonds" auf den Weg gebracht werden, der ab 2020 mit jährlich (!) 100 Milliarden US-Dollar gefüllt wird. Wieso eigentlich US-Dollar?

Die USA halten sich beim "Klimaschutz" ebenso vornehm zurück wie eine wachsende Mehrheit von Industriestaaten. Die Schar der Klimaretter schrumpft zunehmend auf die Mitglieder der EU zusammen. Wer hier den größten Batzen trägt, ist uns nicht erst mit der Euro-Krise aufgegangen. Die deutschen Steuerzahler dürfen sich also auf die nächste Rechnung gefaßt machen.

Ist es nicht atemberaubend, in welchem Tempo unsere Politiker immer neue Löcher finden, in die sie unser Geld schmeißen können? Na ja, es ist ja kein Loch. Das Geld soll den armen Ländern zugute kommen, die aus eigener Kraft keine Klimarettung machen können, weil ihr

eigenes Geld von den reichen, mächtigen Familien des Landes benötigt wird. Die werden ihre klebrigen Finger natürlich auch nach dem Klimageld aus Deutschland ausstrecken. Aber das geht uns nichts an. Schließlich handelt es sich um souveräne Staaten, die unter "unserem" Kolonialismus schon genug gelitten haben und sich daher zu Recht jede Einmischung verbitten. Wenn die Projekte nicht vorankommen, weil die Knete irgendwo anders gelandet ist, müssen unsere Anstrengungen eben verstärkt, muß also noch mehr gezahlt werden.

Wenn sich die deutschen Steuerzahler uneinsichtig zeigen, dann zeigen wir ihnen eben Bilder von untergehenden Pazifik-Inseln mit weinenden Kindern und winselnden Alten, die ihre in Jahrhunderten gewachsene Kultur im Meer versinken sehen. Warum? Weil die Deutschen zu geizig sind, Tausenden von Drittwelt-Potentaten blitzneue, abgasreduzierte Staatskarossen zu spendieren. Zu der Suada blenden die findigen Kameraleute dann ein Stück Insel ein, über das gerade eine Welle schwappt: "Da geht sie schon unter, die Insel! Hab ich mit eigenen Augen im Fernsehen gesehen, schrecklich!"

Daß "mit eigenen Augen" und "im Fernsehen" ein Widerspruch in sich ist, merken bekanntlich nur die wenigsten. Zum Glück, denn sonst wäre der Kampf um die deutschen Klimadolars um einiges komplizierter. Wie Satellitenaufnahmen belegen, schrumpfen die Pazifik-Inseln nämlich gar nicht, sondern wachsen sogar. Daß es trotzdem langsam eng wird, könnte eher etwas mit dem Bevölkerungswachstum zu tun haben als mit dem "Klima". Wie in Bangladesch, wo sich die Bevölkerung seit 1960 mehr als verdreifacht hat und die Leute deshalb in niedrig gelegenen Ecken siedeln, in denen ihre Vorfahren lieber keine Häuser gebaut haben.

Es ist die Aufgabe klimabewußter Medien, dafür zu sorgen, daß solche Einsichten nicht um sich greifen und damit den "Klima-Konsens" gefährden. Überhaupt die Medien: Wird es nicht langsam Zeit, den Wetterbericht abzuschaffen? Als seien böse Mächte am Werk: Pünktlich zur Katar-Konferenz sagen uns die Wetterfrösche einen Kälteeinbruch voraus. Muß denn das sein? Ach, wenn das alles wäre: Seit 15 Jahren schon verweigert die Erdatmosphäre ihre planmäßige Erwärmung, die wir benötigen, um die Milliarden-Eintreibungen für die Klima-Industrie zu rechtfertigen. Die Wetterberichte bestätigen also nur, was Langzeitmessungen untermauern: Es wird einfach nicht wärmer, verdammt!

Die Klimawarner sind indes nicht auf den Kopf gefallen und haben eine Lösung gefunden: Die Folge der Erwärmung kann auch eine Zunahme von "Extremwetterlagen" sein. Also beispielsweise Schnee im Januar oder 30 Grad im Juli. Gab's ja früher auch nicht, oder? Solche "Extremwetterlagen" könnten die Deutschen schon sehr bald bis in ihr Heim verfolgen, wenn sie morgens die Eiszapfen vom Wohnzimmertisch schlagen müssen, weil seit Tagen der Strom ausgefallen ist, nachdem die rasante Energiewende zum Schutze des Klimas das deutsche Stromnetz in den Kollaps manövriert hat. Was uns die Bundesnetzagentur über die Sicherheit der Stromversorgung nach der Instant-Abschaltung etlicher Kernkraftwerke berichtet, hört sich in der Tat sehr kalt und dunkel an.

Was die Grünen wohl sagen, wenn plötzlich der Strom weg ist? Kein Problem: Sie werden einfach das Thema wechseln, wie beim "Biokraftstoff E10". Vor Jahren priesen uns Trittin, Roth, Künast und Co. das Zeug als wahren Wundersaft. Seitdem sich "E10" statt dessen als Desaster in jeder Hinsicht erwiesen hat, verlieren sie kein Wort mehr darüber.

Es ist immer interessant, wenn Ideologie auf Realität prallt, nicht bloß beim Thema "Klima". Bekanntlich erschallt die Forderung nach Öffnung aller Grenzen gerade in jenen Vierteln unserer Städte am lautesten, wo man sich relativ sicher ist, daß die hereinströmenden "Flüchtlinge" weit weg von der eigenen Haustür siedeln werden.

Dumm nur, wenn es einmal anders kommt. Wie im Bremer Stadtteil Ostertor, der ist so eine Art Prenzlauer Berg der Hansestadt, wo Studenten, Akademiker, Lehrer und Lebenskünstler den Ton angeben, wo früher Häuser besetzt wurden und heute grün gewählt wird. Und wo man erschüttert ist darüber, wie viel Rassismus unter der deutschen Restbevölkerung der

Wohnsilo-Vorstädte grassiert. Ebendort sollen ab Januar 60 Asylbewerber in eine Sammelunterkunft einziehen, was nachgerade bezaubernde Reaktionen zur Folge hatte auf einer Anhörung, zu der 150 "AnwohnerInnen" erschienen waren.

Ja, also gegen Flüchtlinge habe man natürlich nichts. Aber "belastet" sei der Stadtteil doch schon genug, klagt ein Anwohner. Belastet? Heißt es nicht "bereichert", wenn es um Migrantinnen und Migranten ging? Aber nein, so war das nicht gemeint: Wegen der "Belastung" sei es "nicht die richtige Gegend für die Flüchtlinge". Man ist also nur in Sorge um die armen Neuankömmlinge!

Wenn sie nun aber hierher sollen, hat man ein paar Vorschläge: Weil der Straßenverkehr vor der Sammelunterkunft Gefahren für die Flüchtlinge berge, möge man im Inneren genügend Räume für "gemeinsame Aktivitäten" vorsehen, fordern die Anwohner. Für eine optimale Betreuung sollten zudem Heimleitung und Hausmeister mit im Haus wohnen. Klingt ein wenig wie: Wenn das Gesocks schon kommt, dann sorgt wenigstens dafür, daß es drinnen und vor allem - unter Aufsicht bleibt! Eine Anwohnerin berichtete nämlich schon, daß ihrem Enkel von einem "Schwarzafrikaner" (wie wichtig auf einmal die Hautfarbe wieder wird!) Drogen angeboten worden seien. Ein Vermieter fragt schließlich, ob "Lager am Rande der Stadt" nicht ohnehin viel sinnvoller wären. Es hieß wirklich "Lager".

Und morgen marschieren sie wieder auf die "Kein Mensch ist illegal"-Demo gegen eine Verschärfung des Asylrechts! Wetten?<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 7. Januar 2013 (x892/...): >>"Ökostrom" und die Folgen: 17 Milliarden Euro für die Verbraucher

Sowohl für Familien als auch für die Wirtschaft und damit für das Gemeinwohl ist eine günstige und zuverlässige Energieversorgung eine wichtige Voraussetzung. Diese war in Deutschland lange Zeit gewährleistet.

Seit die Ideologien auch in diesem Bereich Einzug gehalten haben, ist es sowohl mit der Sicherheit als auch der kostengünstigen Energieversorgung vorbei. Durch das sogenannte Erneuerbaren Energien Gesetz, auch EEG-Umlage genannt, mußten die Verbraucher im vergangenen Jahr 17 Milliarden Euro zusätzlich bezahlen.

Insgesamt belaufen sich die zusätzlichen Kosten für die EEG-Umlage sogar auf 20 Milliarden Euro, von denen 17 Milliarden auf die Verbraucher entfallen. Der Marktwert des Stroms betrug nur einen Bruchteil dieser Kosten. Doch die Energiekonzerne werden durch das Gesetz gezwungen, sämtlichen Strom, der durch Sonnenkollektoren und Windräder erzeugt wird, abzunehmen, auch wenn dieser Strom gar nicht gebraucht wird.

Die Kosten für diesen sehr teuren Strom - besonders Strom aus Sonnenenergie ist teilweise dreimal so teuer wie herkömmlicher Strom - müssen durch die Umlage von den Verbrauchern bezahlt werden. Diese erhalten jedes Jahr trotz immer weiterer Einsparungen höhere Rechnungen als im Vorjahr. Besonders für Familien mit geringen Einkommen nimmt so die Energieversorgung einen immer größeren Teil der laufenden Kosten ein.

Eine gesicherte und preisgünstige Energieversorgung in Deutschland wird besonders von den Grünen hintertrieben, denen sich inzwischen allerdings alle im Bundestag vertretenen Parteien angeschlossen haben. Ihr Gerede von einer menschengemachten Erderwärmung und den Gefahren von CO2 führen dazu, daß eine preiswerte Versorgung mit Kohle und Gas hintertrieben wird. Die Leittragenden dieser Ideologie sind die Menschen, vor allem die Familien und die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die ihre Produktion nicht in andere Länder verlagern wollen.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 19. Februar 2013 (x892/...): >>"Bundesverfassungsgericht: Weiter auf dem Weg zum Unrechtsstaat

Gegen den naturrechtlichen und verfassungsmäßig bestehenden besonderen Schutz des Staates für Ehe und Familie hat das Bundesverfassungsgericht, wie schon voraussehbar, die

Stellung von Ehe und Familie herabgesetzt und jede Art von Beziehung zwischen Menschen, insbesondere solcher mit pathologischem Sexualverhalten weitere Rechte eingeräumt. Künftig dürfen homosexuelle Partner Kinder aus ihrer früheren Ehe in die neue Partnerschaft nehmen und der andere Partner kann dieses Kind adoptieren.

Das Bundesverfassungsgericht hat homosexuellen Gemeinschaften Sonderrechte bei der Adoption zugestanden. Daß es sich um Sonderrechte handelt ist offensichtlich, denn ein gleiches Recht für zusammenlebende Brüder oder Schwestern, die nicht homosexuellen Praktiken nachgehen gibt es nicht.

Künftig ist es Homo-Gemeinschaften erlaubt, die Kinder des gleichgeschlechtlichen Partners zu adoptieren. Diese sogenannte Sukzessivadoption war bislang nur für Ehepaare erlaubt.

Das Bundesverfassungsgericht hat Beschränkungen beim Adoptionsrecht für homosexuelle Lebenspartner für "verfassungswidrig" erklärt. Homosexuelle, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, dürfen künftig ein von ihrem Partner zuvor angenommenes Kind adoptieren.

Diese Entscheidung wurde heute vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe verkündet. Die Regelung, die Schwulen und Lesben solch eine sogenannte Sukzessivadoption verbietet, Ehepaaren aber erlaubt, ist demnach verfassungswidrig.

Der nächste Schritt der "Sukzessivgleichstellung" von Homo-Gemeinschaften mit Ehepaaren ist damit vollzogen. In absehbarer Zukunft werden Gemeinschaften von Homosexuellen auch beim Adoptionsrecht vollständig mit Ehepaaren gleichgestellt und danach folgt eine Besserstellung von Homosexuellen in allen Lebensbereichen.

Es werden sicher weitere Schritte zur totalen Entwertung der Ehe folgen, zunächst die Viel-ehe, dann die Zulassung der Ehe für Geschwister und schließlich die "Ehe für Alle", bei der jeder auch seinen Hund oder sein Schaf heiraten kann.

All dies beruht letztlich auf der Leugnung einer objektiven Natur, eines Wesens des Menschen und der Ehe, wodurch sich der Mensch die Definitionshoheit darüber anmaßt und alles nach seinem willkürlichen Belieben aus einem Verständnis menschlicher Allmacht bestimmt. Die Folgen sind überall sichtbar, werden aber erst zur Umkehr führen, wenn es zu spät ist.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 21. Februar 2013 (x892/...): >>**Egalitärer Liberalismus**

Zahlreiche Erscheinungen und Debatten in Politik, Kultur und Gesellschaft nicht nur in den vergangenen Wochen, sondern schon seit Jahrzehnten sind nur vor dem Hintergrund des Liberalismus zu verstehen. Der Liberalismus ist seit Jahrhunderten der einflußreichste Feind der katholischen Kirche und einer naturgemäßen gerechten Ordnung. Sozialismus - von rechts oder links - und Kommunismus sind Folgeerscheinungen des Liberalismus.

Zudem ist der klassische Liberalismus schon lange tot. An seine Stelle ist ein Gemisch aus Sozialismus und klassischem Liberalismus getreten. Dieser regiert in der gesamten westlichen Welt. Gut und Böse, Schlecht und Gut, Oben und Unten, Rechts und Links, Ausländer oder Einheimischer alle Unterschiede müssen planiert und beseitigt werden ist das Credo dieser herrschen Ideologie. Ein Blick auf aktuelle Debatten.

In der politischen Verortung der Parteien wollen alle in der Mitte sein. Allenfalls ein klein wenig links oder rechts (davon aber nur SEHR wenig) der Mitte ist noch möglich. Die Mitte ist die Gleichheit und in der Tat: alle Parteien im Bundestag sind gleich. Wo ist ein wesentlicher Unterschied zwischen Frau von der Leyen (CDU) und Gregor Gysi (LINKE)?

Viele deutsche Städte ächzen unter der Armutseinwanderung von Roma aus Osteuropa, die hier zu Zehntausenden eintreffen und gerade angekommen, aus den Steuergeldern der einheimischen Bevölkerung versorgt werden. Daß man diesen armen Menschen ihren Entschluß nach Deutschland zu kommen nicht verübeln kann, angesichts der deutschen Sozialsysteme, die Jeden sofort mit allem nötigen versorgen, ist selbstverständlich.

Doch naturrechtlich ist jeder zunächst zur Hilfe und Solidarität für seinen Nächsten - Familie,

Verwandte, Angehörige, Freunde - verantwortlich und nicht für Menschen in fernen Ländern. Doch für die deutsche Sozialpolitik gibt es keinen Unterschied zwischen lange hier lebenden und arbeitenden Menschen, die diese Sozialsysteme für sich aufgebaut haben und solchen aus den entferntesten Winkeln der Erde, die erfahren haben, daß sie hier gut versorgt werden.

In verschiedenen Bundesländern ist das neue Zauberwort in der Schulpolitik die "Inklusion". Gemeint ist damit, daß geistig, körperlich, sozial oder sonst wie behinderte Kinder in normale Schulkassen integriert werden sollen. Alle sind gleich, oder "Jeder ist behindert - irgendwo" wie der Propagandaspruch der Egalitaristen heißt. Defizite sollen durch "gezielte Einzelbetreuung" beseitigt werden.

Daß dies nicht zu leisten ist und Schulen, Lehrer und Mitschüler dadurch massiv überfordert werden, spielt keine Rolle: alle sind gleich und wenn nicht, müssen sie gleich gemacht werden. Nicht nur die Lehrer und Schüler leiden unter der Inklusion, sondern ganz besonders die behinderten Kinder selbst. Dies ist alles auch gut bekannt. Doch was interessiert sich ein egalitärer Liberaler schon für die Realität.

Sitzenbleiben muß abgeschafft werden, unbedingt. Alle Schüler sind gleich und wenn einer weniger gleich ist als ein anderer, muß er gleich gemacht werden. Dies geschieht, indem man ihm anstatt einer verdienten "5" eine "2" gibt, oder, weil dies etwas zu auffällig ist, indem man einfach alle Noten abschafft und die ungleichen durch - Sie wissen es schon - "gezielte Einzelbetreuung" gleich macht. Männer und Frauen, Ehe und Freundschaft, Familie und jede beliebige Gruppe - alles ist gleich und muß auch so behandelt werden.

Sollte nun jemand, wie wir zum Beispiel, auf die Idee kommen, diesen Egalitarismus als der Natur des Menschen zutiefst zuwider zu kritisieren und vor den schwerwiegenden, gesellschafts- und staaterstörenden Folgen warnen: dann ist er ein RECHTSRADIKALER. Und mit dem muß man sich nicht auseinandersetzen, oder wenn, dann durch Gewalt oder gerichtlich. Und weil davor die meisten Menschen verständlicherweise zurückschrecken, schweigen sie oder reden bestenfalls im engsten Freundeskreis davon. War das nicht in der DDR auch so? Auch die DDR nannte sich demokratische Republik! Der Name ist bedeutungslos, es kommt darauf an, was in der Packung drin ist.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 27. Februar 2013 (x892/...): >>Der nächste Schritt auf dem Weg der Gesellschaftszerstörung

Die Salomitaktik zeigt Wirkung! Schritt für Schritt ist es den mächtigen, einflußreichen Lobbygruppen der Homosexuellen in Verbindung mit linken Ideologen, deren Ziel die vollständige Gesellschaftsveränderung ist, gelungen, ihre unsittliche Lebensweise mit der naturrechtlichen Ehe gleichstellen zu lassen. Das Gericht, das eigentlich die Verfassung schützen soll, die im Artikel 6 recht eindeutig ist, hat dem Druck nachgegeben und erst in der vergangenen Woche die Adoption von Kindern durch Homosexuelle Partner aus einer vorherigen Ehe erlaubt. Nun ist die "C"DU bestrebt, den Linken und der FDP nicht die Initiative für weitere Schritte zu überlassen und sie will deshalb das volle Adoptionsrecht für Homos durchsetzen.

Versetzen Sie sich doch mal in die Zeit vor zehn Jahren zurück! Kein langer Zeitraum. Hätten Sie damals gesagt, die "C"DU wird in zehn Jahren das Adoptionsrecht für Homosexuelle fordern, hätte man Sie zweifellos nicht besonders ernst genommen. Und wie wäre eine solche Aussage erst vor 20 oder 30 Jahren gewesen?

Der Grund für diese Aufgabe fundamentaler Grundprinzipien einer gerechten und geordneten Gesellschaftsordnung ist ganz einfach: es ist die liberale Grundhaltung der "C"DU, die überhaupt keine echten, beständigen Prinzipien kennt. Was auch immer künftig von einflußreichen Kräften gefordert wird - Ehe für Geschwister, Herabsetzung des Alters für die Bestrafung der Verführung Minderjähriger und was auch immer - Sie können gewiß sein, die "C"DU wird auch hier umkippen.

Eine Gesellschaft, ein Staat, der Ehe und Familie mit pathologischem Sexualverhalten gleichstellt, ist völlig am Ende. Platon und Aristoteles, die beide in der antiken Gesellschaft lebten, in der Homosexualität weit verbreitet war und die beide keinerlei christliche Offenbarung kannten, hielten Homosexualität für völlig naturwidrig. Dies ist mit Blick auf die Natur von Mann und Frau und die Natur der Ehe so offensichtlich, daß man eigentlich völlig schockiert sein müßte, daß jemand im Ernst behauptet, auch zwei Männer oder zwei Frauen könnten eine Ehe eingehen. Da aber nur noch wenige Menschen in Europa dies schockierend finden, muß man davon ausgehen, daß das Gewissen der Menschen tief gestört ist und sie durch die massenhafte Propaganda in ihrer Erkenntnisfähigkeit schwer beeinträchtigt sind.

Wer nach dem Verhalten des "C"DU nach dem Unrechtsurteil des Bundesverfassungsgerichts aus der vergangenen Woche noch der Auffassung ist, diese Partei sei das "kleinere Übel", dem ist wohl nicht mehr zu helfen. Daß die "C"SU sich noch ziert, ist nichts als Schauspiel. Für Menschen guten Willens, die dem in das Herz des Menschen geschriebenen Naturrecht Anerkennung zollen, ist keine der im Bundestag vertretenen Parteien mehr wählbar!<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 20. März 2013 (x892/...): >>Da ist er wieder, der Vorwurf: Rechtspopulismus

Die Partei "Alternative für Deutschland" ist noch nicht gegründet, da posaunen bereits alle Parteien im Bundestag, die um ihre Pfründe bangen: "Rechtspopulismus!!" Seit mehr als zwanzig Jahren wird jede Neugründung einer Partei, die nicht eindeutig links ist, mit dieser Abqualifizierung aus der politischen Arena ausgeschlossen, weil die politische Klasse ihre Macht nicht teilen möchte. Und das nennt sich jetzt Demokratie, bei der es u.a. darum gehen soll, sich mit dem politischen Gegner und seinen Positionen rational auseinanderzusetzen. Der Vorwurf des Rechtspopulismus gegen eine künftige Partei wie die "Alternative für Deutschland" ist in ihrer totalitären Bosheit kaum noch zu übertreffen.

Die Führung der neuen Partei besteht aus gestandenen Wissenschaftlern, Wirtschaftsfachleuten und Politikern, die in keiner Weise "rechts" oder "populistisch" sind. Man könnte sie schlimmstenfalls als harmlos bezeichnen.

Doch sie treten mehr oder weniger entschlossen ein gegen die Rechtsbrüche in der EU, gegen die "alternativlose Rettungspolitik" für den Euro, der allein dem internationalen Finanzkapital dient und dessen Profite noch mehr steigert. Und da alle im Bundestag vertretenen Parteien grundsätzlich die Eurorettung begeistert bejubeln, weil es darum geht, die deutsche Souveränität zu untergraben (sie streiten nur mit welchem Mitteln und wie schnell der Euro, spricht die Banken, gerettet werden sollen), deshalb wird jeder, der sich gegen diese "alternativlose" Politik stellt und eine Alternative anbietet, als "Populist" beschimpft. Demnach sind etwa 70 Prozent der deutschen Bevölkerung Populisten.

Am harmlosesten äußerte sich noch der hessische Ministerpräsident Bouffier: "Sie (gemeint ist die neue Partei AfD) ist Ausdruck eines latenten Unwohlseins, aber daraus wird keine Politik". Die AfD ist demnach so etwas wie Magengrimmen, das, anstatt einer sehr ausgeprägten Ablehnung im Volk, nur "latent" ist.

Deutlicher wird da schon die Linke Andrea Nahles von der SPD, die die Marschrichtung für kommende Hetzkampagnen vorgibt, die eine Auseinandersetzung überflüssig machen: "Das sind Populisten, die ich niemandem gönne - schon gar nicht den Deutschen." Wir wünschen unseren ärgsten Feinden keine Politiker wie Andrea Nahles.

Die "Alternative für Deutschland" hat bereits einen Monat nach ihrer Gründung 2.700 Mitglieder. ...

Warum versuchen die Politiker, die jetzt wieder auf die AfD wie zuvor auf andere Parteien, die nicht links waren und ernsthafte Anliegen vorbringen und vorbrachten, nicht mit Argumenten z.B. für die Rationalität und Notwendigkeit einer Eurorettung einzutreten und die Hintergründe für die Bürger nachvollziehbar zu machen? Vermutlich wohl deshalb, weil dies

gar nicht möglich ist. Also bleibt nur die Hetze. Aristoteles nannte eine solche Verfallsform der Demokratie bereits "Pöbelherrschaft". Und dies ist der wirklich herrschende Populismus in Deutschland.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 21. März 2013 (x892/...): >>**Intoleranter Relativismus: Politische Korrektheit in Deutschland**

Im Auftrag des Instituts für Demoskopie Allensbach hat die FAZ eine Umfrage veröffentlicht, die "tatsächliche und gefühlte Intoleranz" untersuchen sollte. Bei allen Vorbehalten gegen solche Umfragen, sind doch einige Ergebnisse sehr aufschlußreich. So antworten auf die Frage, was man unter keinen Umständen tun darf, 72 Prozent "Müll irgendwo im Freien abladen" aber nur 13 Prozent "Abtreibung".

Weiter wurde die Frage gestellt: "Haben Sie das Gefühl, daß man heute in Deutschland seine Meinung frei sagen kann, oder ist es besser vorsichtig zu sein?" Darauf antworten 9 Prozent, dies sei nur mit Einschränkungen möglich und 30 Prozent meinen, man müsse besser vorsichtig sein. 56 Prozent sind der Auffassung, man könne frei seine Meinung sagen.

Eine andere Frage war so formuliert: "Neulich sagte uns jemand: 'Wenn man heute zu einigen Themen das sagt, was man wirklich denkt, wird man schnell zurechtgewiesen oder gar beschimpft. Manche Dinge darf man einfach nicht laut aussprechen'. Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?" Darauf antworteten immerhin 41 Prozent, daß sie dies auch so sehen. Als Themen, die davon besonders betroffen sind, wurden hauptsächlich "Einwanderung, Ausländer und Minderheiten" genannt. Hier sind es vor allem die Medien, die Propaganda für unbegrenzte Zuwanderung etc. verbreiten.

Schließlich gab es verschiedene Fragen zu "politisch unkorrekten Aussagen", die als völlig unakzeptabel oder als eher akzeptabel empfunden werden. Dabei wurde zugleich gefragt, mit welchen Aussagen man sich in der Öffentlichkeit Ärger einhandelt und mit welchen eher nicht. Bei diesen Fragen zeigte sich deutlich, daß es ein hohes "Maß an Intoleranz gegenüber Meinungen gibt, die den eigenen Vorstellungen von einer moralisch angemessenen Haltung widersprechen" (FAZ vom 20.03.2013).

Erschreckend fällt das Ergebnis bezüglich der Frage nach dem, was man auf keinen Fall tun darf aus. Die höchste Ablehnung fand das Autofahren mit zu viel Alkohol (74 %), gefolgt von "Müll irgendwo im Freien abladen" (72 %). Selbst "zu schnell Autofahren" (15 %) findet größere Ablehnung als "Abtreibung" (13 %).

Durch die Jahrzehnte währende Praxis der Abtreibung haben die Menschen offensichtlich inzwischen sich daran gewöhnt, die die Tötung von kleinen Babys im Mutterleib nichts ist, was zu verurteilen wäre.

Wie lange kann eine Gesellschaft noch bestehen, die eine ordnungsgemäße Müllentsorgung erheblich höher schätzt als sie die Abtreibung von Kindern verurteilt? Einer Gesellschaft, die argumentativ-sachliche Kritik an homosexuellen Praktiken mit massiver verbaler Gewalt (oft auch mehr) unterdrückt? In der Demonstrationen für das Recht auf Leben für alle mit körperlicher Gewalt angegriffen und verhindert werden?<<

Herbert Ludwig berichtete am 17. Mai 2013 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die parlamentarische "Scheindemokratie" (x966/...): >>**Fassade "Demokratie"**

"Wählen bedeutet die Illusion des Einflusses im Austausch gegen den Verlust der Freiheit."

Frank Karsten/Karel Beckmann: *Wenn die Demokratie zusammenbricht.*

Die heutige Form der Demokratie wird weithin als die beste aller möglichen Gesellschaftssysteme, als Höhepunkt der politischen Entwicklung der Menschheit, wenn nicht gar als endgültige Entwicklungsform menschlichen Zusammenlebens gepriesen. Freiheit, gleiche Teilhabe und Mitbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit, sowie materieller Wohlstand werde durch die moderne Form der parlamentarischen Demokratie garantiert. In ihr entscheide

nicht mehr ein Einzelner oder eine privilegierte Schicht diktatorisch über das Volk, sondern dieses bestimme seine Geschicke selbst.

Kratzen wir an dieser Fassade, so kommt vielfach etwas ganz anderes zum Vorschein. Auch in der heutigen Demokratie wird das Leben der Menschen weitgehend von außen durch Gesetze reglementiert, die von einer privilegierten Politikerkaste beschlossen werden, nur daß diese ihre Stellung nicht der Geburt, sondern den Wahlen des Volkes verdankt. Mit der Wahl aber, die stets als großes demokratisches Ritual gefeiert wird, beschränkt sich die Mitwirkung des Bürgers an der politischen Willensbildung darauf, seine Stimme im doppelten Wortsinn abzugeben und anschließend ohnmächtig zu verfolgen, was die Parteien und Politiker daraus machen.

Fast alle gesellschaftlichen Themen werden, mit zunehmender Tendenz, zu kollektiven Problemen gemacht und per Gesetz zentral organisiert. Von Freiheit und Selbstbestimmung kann da keine Rede sein. Das ist prinzipiell ebenso eine Fremdbestimmung des Menschen wie in einer vormundschaftlichen Diktatur, nur daß in der "Demokratie" die Menschen ihre Vormünder alle paar Jahre unter mehreren Bewerbern selbst auswählen dürfen.

Der Name "Volksherrschaft" täuscht etwas vor, was nicht vorhanden ist. Nicht der Wille des Volkes, sondern der Wille weniger, die vorgeben, das Volk zu vertreten, hat das Sagen. So rief ein holländischer Komiker einmal aus: "Demokratie ist der Wille des Volkes. Jeden Morgen lese ich überrascht in der Zeitung, was ich will." Wir haben in Wahrheit eine Oligarchie, in der "die herrschenden Gesetze die Gesetze der Herrschenden" (B. Brecht) sind. Es herrscht in den Gesetzen vielfach nicht das von allen als gerecht empfundene Recht, sondern im Kostüm des Rechts herrschen die Interessen der Wenigen.

Demokratie ist unbedingt notwendig. Nur ist das, was heute so genannt wird, keine wahre Demokratie. Es wird das Wort eines positiven Begriffes benutzt, hinter dessen Fassade sich etwas ganz anderes abspielt. Und durch die permanente phrasenhafte Preisung des Wortes wird das Bewußtsein der Menschen eingelullt, so daß sie schließlich glauben, was ihnen vorgegaukelt wird.

Der geistigen und gesellschaftlichen Geschichte der europäischen Völker liegt als innere, gegen alle Widerstände gärende und treibende Kraft die vorwärts drängende Entwicklung des Menschen zur freien, sich selbst bestimmenden Individualität zugrunde. Auch die Demokratie-Bewegung ist letztlich daraus hervorgegangen.

Das wachsende Bewußtsein, daß nicht nur wenige, sondern jeder Mensch die Wahrheit erkennen und aus eigener Einsicht sein Leben selbst bestimmen kann, ließ die Herrschaft eines privilegierten Adels unerträglich werden. Der Mensch will nicht mehr Gesetzen unterworfen sein, die ihm von oben diktiert werden, sondern seine Lebensverhältnisse selbst gestalten und an dem, was notwendig gesetzlich geregelt werden muß, als Gleicher unter Gleichen mitwirken.

Da stellt sich zuerst die für eine freiheitliche Demokratie wesentliche Frage, die zumeist übergangen wird, welche Gesetze in einer Gemeinschaft überhaupt notwendig sind. Denn ein Gesetz, mag es inhaltlich noch so gut oder gut gemeint sein, schließt immer das freie Handeln des Menschen aus und unterwirft es einem äußeren Zwang.

Wenn Freiheit und Selbstbestimmung, Gleichheit vor dem Gesetz und Sozialverhalten die Ideale des demokratischen Staates sind, dann kann dessen Sinn und Aufgabe nur darin bestehen, durch die Verfassung, das Zivil-, Straf- und sonstige Ordnungsrecht den schützenden Rahmen dafür zu bilden, daß seine Bürger im Sinne dieser die Demokratie in ihrem Fundament begründenden Menschenrechte ihr Leben selber bestimmen und gestalten und darin ihre Persönlichkeit frei entfalten können. Die staatliche Ordnung ist nicht Selbstzweck, sondern hat der Entwicklung des Menschen zur freien Individualität zu dienen.

Gesetze dürfen danach nicht die inhaltliche Regelung der wirtschaftlichen und kulturell-

geistigen Tätigkeit der Bürger, ihr physisches und moralisches Wohl, zum Ziele haben. Denn dann setzt sich der Staat an die Stelle der Handlungsintentionen des freien Menschen, schaltet mit der Selbstbestimmung seine Freiheit aus und verletzt ihn in seiner Würde als autonomes Wesen.

Der Mensch wird dann nicht als mündiges Subjekt, sondern als Objekt des Willens anderer behandelt und erniedrigt. Es wird automatisch ein demokratiewidriges Über- und Unterordnungsverhältnis begründet, dem die Menschen passiv ausgesetzt sind.

Der Staat tritt als Vormund auf, der unausgesprochen voraussetzt, daß die Menschen unmündig seien, denen von den wenigen Mündigen im Staate, von "denen da oben", wie die hilflosen Bürger noch immer bezeichnenderweise sagen, vorgeschrieben werden müsse, was das Richtige und Beste für sie sei. Es ist noch eine unbewußt so tief sitzende obrigkeitsstaatliche Gewohnheit und Tradition, daß man gar nicht mehr die darin liegende Arroganz und Überheblichkeit empfindet. Sie wird nur durch das suggestiv-mediale Ritual der Parlaments-Wahlen verdeckt, das für den Wähler die Illusion des Einflusses erzeugt, in Wahrheit aber die Abgabe seiner Freiheit bedeutet.

Dem demokratischen Staat darf es nur um den Schutz des vom Bürger selbst zu besorgenden Wohles vor Gefährdungen, also um die Sicherung des äußeren und inneren Friedens gehen. Hier handelt es sich um Aufgaben, die nicht vom Einzelnen, sondern nur im Zusammenschluß aller und durch gemeinsam vereinbarte Regeln gelöst werden können.

Sie sind es, welche die Bildung einer Gemeinschaft als Staat erst nötig machen und ihm konstitutiv zugrunde liegen. Das Strafrecht sorgt für die Sicherheit vor sozial zerstörerischen Handlungen, die gegen Leib und Leben gerichtet sind. Das bürgerliche Recht faßt die Beziehungen der Menschen, wie sie sich im wirtschaftlichen und im kulturellen Leben ergeben, in Regeln, die dem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden entsprechen. Im Verfahrensrecht ist die Selbstjustiz des einzelnen unterbunden und die Verfolgung seines Rechtes zur Sorge der Gemeinschaft gemacht, die hier nicht eigene Interessen, sondern diejenigen des Recht suchenden Bürgers vertritt.

Nur in diesem auf allgemeine Regeln reduzierten Rechtsleben des Staates, in dem jeder mündige Mensch urteilsfähig ist, kann es eine parlamentarische Abstimmung geben. In inhaltlichen Fragen des Wirtschafts- und des geistig-kulturellen Lebens ist sowieso nur der jeweilige Fachmann urteilsfähig. Das wegen der Größe eines Staatsgebietes notwendige repräsentative System müßte aber für grundsätzliche Rechtsfragen noch durch Volksabstimmungen ergänzt werden.

Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen sind nicht mit einer hierarchischen, vertikalen, sondern nur mit einer horizontalen Gesellschaftsstruktur vereinbar. In ihr stehen alle Bürger gleichberechtigt nebeneinander und gehen vertragliche Vereinbarungen unter Gleichen ein. Welche Gestaltungen sich im kulturellen und im wirtschaftlichen Felde etablieren, kann nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Fruchtbarkeit und der realen Bedürfnisse von den beteiligten Menschen selbst entschieden und vereinbart werden.

Der Staat hat nur den rechtlichen Rahmen zu setzen, der Privilegien und Monopole verhindert, die zu Unterdrückung und Ausbeutung führen. Er hat aber nicht über Parlamente und Wirtschafts- oder Kultusministerien irgendeinen dirigierenden Einfluß auszuüben. Das bedeutet, daß sich sowohl das Wirtschaftsleben als auch das geistig-kulturelle Leben mit dem gesamten Bildungswesen aus ihrer eigenen Kompetenz, d.h. aus der Erkenntnis- und Gestaltungsfähigkeit der betroffenen mündigen Menschen konstituieren und sich selber - horizontal koordinierend - organisieren.

Die Anmaßung des Staates, bzw. der ihn lenkenden Kreise, alle Lebensgebiete des Menschen inhaltlich zu reglementieren, hat dazu geführt, daß sich am Flaschenhals des Parlamentes, durch den alle Regelungen hindurchmüssen, ein riesiger Schwarm von Interessengruppen, die

Lobbyisten, festgesetzt hat, um Einfluß darauf zu nehmen. Die größten Interessengruppen sind die politischen Parteien, die sogar das Parlament okkupiert haben. Sie stellen ausschließlich die "Volksvertreter", die aber in Wahrheit die Interessen ihrer Partei vertreten, der sie verantwortlich sind. Sie unterliegen der Partei-Disziplin zur Geschlossenheit in den Abstimmungen, dem "Fraktionszwang", der schon für sich die grundgesetzlich garantierte Unabhängigkeit des Abgeordneten aushebelt.

Eine direkte Verbindung zum Volk ist dadurch nicht vorhanden. Es gibt nur eine begrenzte Personenwahl, die von den Parteien vorgegeben wird, und eine Gruppenwahl, die ebenfalls über die Landeslisten der Parteien erfolgt. 40 % der Abgeordneten kommen schon über einen sicheren Listenplatz der Parteien in das Parlament. Sie stehen also schon vor der Wahl fest, werden gar nicht von den Bürgern, sondern praktisch von den Parteien bestimmt, in denen nur 2,4 % des Volkes organisiert sind.

Die Hoheit der Gesetzgebung liegt de facto nicht beim Abgeordneten, sondern bei seiner Partei. Gesetzgeber ist de facto nicht das Parlament, sondern die Regierungspartei oder die Koalitionsrunde der Regierungsparteien. Es wird das Parlament nur formal als Forum benutzt. Die tatsächlichen Entscheidungen werden vorher in der Partei gefällt, in der Legislative und Exekutive eins sind, die Gewaltenteilung also aufgehoben ist.

Diese scheindemokratischen Strukturen geben nun die Möglichkeit ab, daß Hintergrundkreise diese Oligarchie als Instrument benutzen und für ihre Interessen und Ziele einspannen können, so daß die Politiker vielfach nur ihre Marionetten sind. Daß zu diesen Hintergrundkreisen die Finanzindustrie gehört, ist für jedermann mehr als offensichtlich geworden.

Die Vorgänge in der "Eurorettung" offenbaren ja jedem, wessen Interessen hier bedient werden. Astronomische Summen, den Steuerzahlern des einen Volkes geraubt, werden in scheinbarer Solidarität den überschuldeten anderen Völkern gegeben, fließen aber in Wahrheit den internationalen Banken zu, um deren Forderungen zu begleichen. Zusätzlich werden noch Schulden der Banken direkt getilgt.

Schon 1910 listete der Franzose Francis Delaisi 55 Männer auf, die in Wirklichkeit Frankreich beherrschten und ausbeuteten (*La Democratie et les Financiers*). Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen. Man denke gewöhnlich, die Finanzleute seien Gegner der Demokratie. Das sei ein Irrtum, sie seien deren Leiter und bewußte Förderer. Die Demokratie bilde die spanische Wand, hinter der sie ihre Ausbeutungsmethode verbergen, und in ihr fänden sie das beste Verteidigungsmittel gegen die etwaige Empörung des Volkes. Es gibt keine Anzeichen, daß das heute anders wäre.

Graf Coudenhove-Kalergi, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, schrieb als Kenner der Szene hinter den Kulissen 1925 in seinem Buch "Praktischer Idealismus":

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."

Sowie dem Staat die angemäßen inhaltlichen Regelungen in der Wirtschaft, einschließlich des Geldwesens, und in der Kultur entzogen würden, hätten die Interessengruppen bei Parlament und Regierung keine Ansatzpunkte mehr, und auch die politischen Parteien würden verschwinden. Damit entfielen zugleich für die Hintergrundkreise die Möglichkeit, über politische Marionetten die Gesellschaft in ihrem Sinne zu lenken und zu prägen.

Für Volksabstimmungen und natürlich noch notwendige Parlamente der Volksvertreter bliebe nur die Kompetenz der oben skizzierten Rechtssetzung im eigentlichen Sinne, bei der es nicht um inhaltliche Teil- oder Gruppeninteressen, sondern um den rechtlichen Rahmen geht, in dem jeder Mündige urteilsfähig ist.

Das bedeutet, daß sowohl das Wirtschaftsleben als auch das geistig-kulturelle Leben ihre jeweils eigenen Verwaltungen bräuchten, in denen horizontal in kooperierenden Körperschaften die notwendigen koordinierenden, aufeinander abstimmenden vertraglichen Vereinbarungen getroffen werden. So daß sich eine Dreigliederung des gesellschaftlichen Lebens in das Rechts-, Wirtschafts- und Kulturleben ergäbe, die durch eigene Verwaltungen eine relative Unabhängigkeit voneinander hätten, sich aber funktional wie in einem Organismus durchdringen würden.

Auf diese Notwendigkeit hat bereits Anfang des 20. Jahrhunderts der vielfach verkannte Rudolf Steiner in seiner Schrift "Die Kernpunkte der sozialen Frage" und in vielen Aufsätzen und Vorträgen hingewiesen.

Es kommt alles darauf an, die jetzige "demokratische" Diktatur endlich im Sinne des sich selbst bestimmenden freien Menschen zu verändern, wenn sich die Katastrophen nicht fortsetzen sollen.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" berichtete am 26. Mai 2013: >>**Ein Makel im Lebenslauf: Deutsche Spitzenpolitiker verschleiern ihre Studienabbrüche**

Politiker, die ihr Studium abgebrochen haben, empfinden das als Makel. Sie löschen die Angaben im Internet oder legen sich seltsame Berufe zu. Konservative wollen nicht darüber sprechen - andere scheinen fast darauf gewartet zu haben.

Sie sprechen nicht gern darüber. Es gehört zu ihrem Leben, aber es macht sich schlecht im Lebenslauf. Doch wenn sie begonnen haben, darüber zu reden, sprudelt es aus ihnen heraus. Daß es so kam, dafür nennen sie verschiedene Gründe. Manche erscheinen vorgeschoben, manche echt.

Die Zeit war es, sagt etwa Volker Beck. Der 52 Jahre alte Grüne ist Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion im Bundestag, er könnte Minister werden, sollte seine Partei wieder regieren. Oft wird er als Jurist angesehen. Die Wahrheit: Beck hat keinen Beruf - nur den des Politikers. Sein Studium der Kunstgeschichte, Geschichte und Germanistik in Stuttgart brach er nach vier Jahren ab, ging 1987 als Mitarbeiter zur Bundestagsfraktion nach Bonn.

Damals kümmerten sich nur wenige um sein Herzensanliegen, die Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben. Beck machte weiter. Mit der Politik, nicht mit der Uni. Sonst wäre das, was er aufgebaut hatte, verloren gewesen. So dachten damals viele, sagt er. "Daß es bei den Grünen viele Studienabbrecher gibt, hat mit der Gründergeneration der Partei zu tun. Man wollte die Republik verändern, Menschen vor der Abschiebung bewahren, die Natur retten. Das war wichtiger als die Jagd nach Schein oder ein Studienabschluß."

Joschka Fischers höhere Qualifikation: ein Taxischein

Klar, so waren sie, die Gründungsgrünen. Daniela Wagner etwa, Bundestagsabgeordnete aus Darmstadt, war aktiv bei den Protesten gegen die Startbahn West und an Friedensmärschen beteiligt, baute einen grünen Kreisverband mit auf und saß als Studentin im Hessischen Landtag - nur abgeschlossen hat sie ihr mehr als zehn Jahre dauerndes Studium der Politik-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften nie. "Das Studium war bei mir wegen der Politik immer unter ferner liefen. Ich dachte, ich müßte es zu Ende machen, weil ich es meinen Eltern schuldig sei", sagt die 56 Jahre alte Hessin, die mit dem grünen Oberbürgermeister von Darmstadt verheiratet ist.

Joschka Fischer, der ehemalige Außenminister, besaß als höhere Qualifikation nur einen Taxischein. Parteichefin Claudia Roth studierte nur zwei Semester Theaterwissenschaften, bevor

man ihr etwas Besseres anbot, wie sie heute sagt. Und Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt ist, anders als oft behauptet, keine Theologin. Sie hat zwar etliche Semester Theologie studiert, aber das Studium nicht abgeschlossen.

Politiker ohne Abschluß zu sein ist keine grüne Spezialität. Zwar stellen die Grünen im Bundestag mit 8,8 Prozent ihrer Fraktion die relativ größte Zahl an Studienabbrechern. Aber die gibt es quer durch alle Parteien, wie die Bundestagsstatistik zeigt. Dicht hinter den Grünen folgt, man staune, die FDP-Fraktion (7,5 Prozent), in absoluten Zahlen hat sie sieben Volksvertreter, die ihr Studium aufgaben, einen mehr als die Grünen. In der SPD-Fraktion gibt es zehn Abbrecher (6,8 Prozent) die Linke kommt auf vier (5,3 Prozent), und das Schlußlicht, die CDU/CSU-Fraktion, immerhin auf acht (3,6 Prozent). Insgesamt haben 35 Abgeordnete oder 5,6 Prozent aller Parlamentarier des Bundestags ihr Studium abgebrochen.

Wo ist das Problem?

Und wie bei den Parteien gibt es Abbrecher quer durch die Generationen. Zum Beispiel Omid Nouripour. Der 37 Jahre alte Politiker iranischer Abstammung, gewiß kein Gründungsgrüner, plante eine anspruchsvolle akademische Karriere. Schließlich sind die Eltern Doppelakademiker, beide Luftfahrtingenieure, die Mutter zudem Diplom-Biologin, der Vater Volkswirt. Nouripour nahm Germanistik, Politik und Philosophie und dazu noch Vergleichende Literaturwissenschaft in Angriff. Eine sogenannte grundständige Promotion wollte er schreiben, also eine, die zugleich den Studienabschluß bedeutet. Es sollte über den Heimatbegriff in der deutschsprachigen Literatur gehen, so von Heinrich Heine bis Feridun Zaimoglu. Aus alledem wurde nichts.

Statt dessen wurde er Sprecher der Grünen Jugend Hessen, 2002 Mitglied im Bundesvorstand, ein hauptamtlicher Job. Er hegte die Illusion, er könnte tagsüber Politik machen und nachts Doktorarbeit schreiben. Im Herbst 2006 rückte Nouripour für Joschka Fischer in den Bundestag nach - Studium ade!

Na und? Wo ist das Problem? Schließlich gehören die Abgeordneten des obersten deutschen Parlaments zur Champions League der Politik. Sie haben es zu etwas gebracht, sind gut 600 Erwählte, die Gesetze für 80 Millionen beschließen. Was kümmert es da, ob sie ihr Studium beendet haben? Könnte man meinen. Doch so ist es nicht. Viele rechtfertigen sich, verschleiern diesen Teil ihrer Biographie. Wenn sie über ihr Studium sprechen, wirkt es ein bißchen wie eine Beichte - Schuldgefühle, Unbehagen und Erleichterung mischen sich.

Ein abgebrochenes Studium läßt sich nur erahnen

Wie erfährt man überhaupt, ob ein Politiker sein Studium abgebrochen hat? Im Fall von Omid Nouripour ist es leicht herauszukriegen. Es steht auf seiner Internet-Seite. Erzwungenermaßen. Nachdem er als Abgeordneter auf der Seite des Bundestags immer noch als "Promovent" (so die Schreibweise) aufgeführt war, obwohl die Promotion ohne vorherigen Studienabschluß bereits abgeschafft war, outete ihn die "Bild"-Zeitung. Sie machte ihn zum "Verlierer des Tages", nannte ihn einen "Angeber".

Nouripour gab eine Erklärung heraus, irgendwie seien Angaben aus der Zeit im Bundesvorstand auf der Seite des Bundestags gelandet. "Meinen Studienabbruch habe ich erst nach der Geschichte mit der 'Bild'-Zeitung öffentlich gemacht", sagt er auf die Frage, wie sein Bekenntnis zum Abbrechertum zustande kam. Was er notgedrungen machte, empfiehlt er nun anderen: "Heute bin ich der Meinung, daß ein Politiker damit nicht verschämt umgehen sollte."

Doch das Gegenteil ist der Fall. Kein einziger der knapp ein Dutzend Abgeordneten, die für diesen Artikel Rede und Antwort standen, gibt auf seiner Homepage oder in der Biographie des Bundestags an, ohne Abschluß zu sein. Statt dessen schreiben sie etwa: "Studium der Volkswirtschaftslehre in Osnabrück und der Landespflege, Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie in Essen." So steht es bei dem SPD-Abgeordneten Frank Schwabe. "Studium

der Biologie und der Sozialwissenschaften an der Universität Köln", heißt es bei Dietmar Nietan, auch er von der SPD. So handhaben es alle. Nur dadurch, daß kein Abschluß vermerkt ist, kein Diplom, Magister oder Staatsexamen, läßt sich errahnen, daß das Studium abgebrochen wurde. Eine direkte Lüge ist das nicht. Aber eben auch nicht die Wahrheit.

Der Trick mit der Berufsbezeichnung

Es wäre schon ehrlicher, "ohne Abschluß" zu schreiben, gibt Schwabe zu. Zugleich aber sei jeder frei zu entscheiden, was er in seinem Lebenslauf betone. "Man schreibt auch nicht, wenn man in der neunten Klasse mal sitzengeblieben ist", sagt der 42 Jahre alte SPD-Politiker aus Castrop-Rauxel. Wie sehr er es nicht mag, daß sein Studienabbruch überregional bekannt wird, zeigt der Umgang mit seiner Wikipedia-Biographie. In das Online-Lexikon schrieben Nutzer seinen Studienabbruch immer wieder hinein. Doch heute fehlt der Hinweis. "Mein Büro hat das immer wieder geändert", erklärt Schwabe die Bereinigung.

Auch in Dietmar Nietans Biographie in Wikipedia ist der Studienabbruch mehrfach gelöscht worden. "Ein Parteifreund hat mich gefragt, ob ich etwas dagegen hätte, wenn er das löscht, weil er es einseitig findet. Ich war natürlich nicht dagegen", sagt der Sozialdemokrat, der für den Kreis Düren im Bundestag sitzt. Einseitig? Es ist doch schlicht richtig. "Mit meinem nicht beendeten Studium so offensiv umzugehen, ist schwierig für mich", versucht Nietan die Löschorde zu erklären.

Verschweigen und Löschen ist nur ein Trick, um den Studienabbruch nicht bekanntwerden zu lassen. Ein anderer dreht sich um die Berufsbezeichnung. Es gibt Berufe, die nicht geschützt sind, Geschäftsführer oder Journalist. Die kann man sich leicht zulegen. Dramaturgin gehört auch dazu. Diesen Beruf hat Grünen-Chefin Claudia Roth im Bundestagshandbuch stehen. Roth, die aus einem großbürgerlichen Akademiker-Haushalt kommt und ein Abi mit 1,7 gemacht hat, war nach den zwei Semestern Theaterwissenschaft als Dramaturgieassistentin tätig. In ihrem letzten Arbeitsvertrag habe aber "Dramaturgin" gestanden, sagt sie.

Ihre politische Karriere hatte sie 1985 als Pressesprecherin der Grünen-Fraktion gestartet. Für dieses Amt hatte sie keine Qualifikation - aber weil sie mehrere Jahre Managerin der Polit-Rockband "Ton Steine Scherben" war, entschied die Fraktion, daß die stürmische Frau es auch mit den Grünen aushalten würde. Heute, so meint Roth, hätte sie kaum noch Chancen auf den Job.

"Es ist schon ein Makel"

Omid Nouripour ist laut Bundestagshandbuch "Selbständiger Berater". Er hat - noch vor seiner Zeit als Abgeordneter - in Gießen ein Gewerbe angemeldet. Es geht, so sagt er, um die Beratung von Kommunen im Bereich der Integration. Das Gewerbe ruht, solange er Bundestagsabgeordneter ist.

Manche Abgeordnete schreiben "wissenschaftlicher Mitarbeiter" oder "Angestellter", weil sie mal bei einem Abgeordneten gearbeitet haben. Frank Schwabe hat bei seiner Berufsbezeichnung nicht getrickst. Sein Studium hat er, als er schon mehr als zehn Jahre an der Uni war, im Alter von 33 Jahren abgebrochen.

Der Grund: Nordrhein-Westfalen entschied, Langzeitstudenten zur Kasse zu bitten. "Ich bin zwar gegen Studiengebühren, aber für mich war das nicht falsch, weil es mich zur Entscheidung gezwungen hat", sagt Schwabe. Zuvor habe er sich jahrelang in die Tasche gelogen, er werde im nächsten Semester nicht nur zwei, sondern sieben Scheine machen. Dazu sei es nie gekommen. "Als ich das Studium abgebrochen habe, war das einer der befreiendsten Momente meines Lebens", sagt Schwabe. Da der Sohn eines Bergarbeiters während des Studiums immer wieder Touristen im Ruhrgebiet führte, etwa im Gasometer Oberhausen, steht jetzt "Gästeführer" als Berufsbezeichnung im Bundestagshandbuch.

Ist ein abgebrochenes Studium tatsächlich noch ein Schandfleck in der Biographie eines Abgeordneten? "Es ist schon ein Makel, den man mit sich herumträgt", sagt Nietan. Der 48 Jahre

alte Außenpolitiker hatte zwölf Jahre Biologie studiert, daneben 20 bis 30 Stunden Politik in der Woche gemacht. 1998 wurde er in den Bundestag gewählt. "Die Leute sagen, vom Hörsaal in den Plenarsaal, ein typischer Politiker", so Nietan. Seine Entscheidung, Politiker geworden zu sein, bereut er nicht. Aber er empfindet sein nicht beendetes Biologie-Studium als Versagen. Eigentlich hatte es ihm Spaß gemacht. "Schon als Kind wollte ich immer Professor Grzimek werden", sagt der Familienvater. Wenn heute seine Kinder gefragt werden, warum der Vater keinen Abschluß hat, dann schmerzt ihn das.

Andere sind selbstbewußter

Nouripours Eltern sind heute stolz darauf, daß ihr Sohn Politiker ist. Aber für ihn selbst bleibe es eine Niederlage, daß er das Studium nicht geschafft habe, sagt er. Auch die Grüne Daniela Wagner hadert mit sich. "Es stört mich schon, ich hätte mich lieber zusammenreißen und es zu Ende bringen sollen."

Andere sind selbstbewußter. Jan Mücke etwa. Der 39 Jahre alte FDP-Politiker aus Dresden ist Parlamentarischer Staatssekretär im Bau- und Verkehrsministerium in Berlin. Sein Jura-Studium in Dresden gab er auf, um als Immobilienverwalter zu arbeiten. Erst betreute er nur ein Objekt einer Firma aus Frankfurt am Main, dann kamen immer mehr Aufträge. "Ich habe diese Entscheidung damals bei vollem Bewußtsein getroffen, kann sie sehr gut verantworten und lasse mir das auch nicht vorwerfen", sagt Mücke eine Spur zu entschieden. Er habe das Studium nicht wegen der Politik aufgegeben, sondern weil er auf eigenen Füßen stehen wollte. Und er sei stolz darauf, daß er sein Geld selbst verdient und Steuern gezahlt habe. "Dem einen oder anderen im Bundestag habe ich diese praktische Tätigkeit voraus", so Mücke.

Daß auch er seinen Studienabbruch nicht explizit angibt, findet er in Ordnung. "Es ist doch bei Juristen offensichtlich, wenn die Staatsexamina fehlen. Ich finde das sehr transparent", sagt Mücke. Ähnlich sieht es Kathrin Vogler von der Linkspartei. Die 49 Jahre alte Abgeordnete hat sieben Jahre lang Soziologie, Geschichte und Politikwissenschaft an der Uni Münster belegt, zugleich war sie in der Studentenvertretung politisch aktiv - zu sehr, um erfolgreich in ihren Fächern zu sein. Irgendwann ging das Bafög aus, Vogler mußte als Küchenhilfe in der Studentenmensa arbeiten. Der Job als Geschäftsführerin bei der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner kam da gerade recht.

"Haßerfüllte Mails"

"Die Tatsache, daß ich das Studium nicht abgeschlossen habe, ist doch offensichtlich, sonst würde ich ja Magister dazuschreiben", sagt sie. Vertuschen wolle sie den Studienabbruch nicht, "aber auch nicht damit kokettieren".

Hat ein Politiker denn Nachteile davon, daß er ein Studienabbrecher ist? Wird das innerparteilich, vom politischen Gegner und in der Öffentlichkeit gegen ihn verwandt? SPD-Mann Schwabe spricht von Getuschel im Wahlkreis, auch haben ihn Leute am Infostand darauf angesprochen. Gegenkandidaten in der SPD stellten bei Nominierungsparteitagen ihre berufliche Qualifizierung überdeutlich heraus. Im Wahlkampf selbst habe es nur unterschwellig eine Rolle gespielt. Sein Konkurrent, der CDU-Abgeordnete Philipp Mißfelder, war ebenfalls Langzeitstudent. Und der Leiter der Lokalredaktion der Heimatzeitung hatte auch kein Interesse daran gehabt, das zu thematisieren - er war selbst Studienabbrecher.

Manche, wie Nietan, sprechen von der Mundpropaganda des politischen Gegners, auch von "haßerfüllten Mails", in denen er als Schmarotzer bezeichnet wurde, der noch nie etwas geleistet habe. Nouripour berichtet Ähnliches, und Claudia Roth bekommt bis heute Mails mit dem Vorwurf, sie habe ja keinen Beruf. Nur die höflichsten beantwortet ihr Büroleiter. Nicht alle Bürger sind offensichtlich bereit, das Argument zu akzeptieren, daß im Bundestag ein Querschnitt der Bevölkerung sitzen sollte, zu dem auch Studienabbrecher gehören. Dietmar Nietan ärgert die Vorwürfe, aber er kann sie auch verstehen. "Die Leute fragen sich: Können wir jemandem vertrauen, der in einer wichtigen Sache gescheitert ist? Kann man sich auf den ver-

lassen?"

Vom "Bummel-Studenten" zum Master-Abschluß

Den Lebenslauf zu begründen kann hilfreich sein, um solchen Anwürfen zu entgehen. Nicht getrickst hatte auch Niels Annen von der SPD, sich über Jahre wahrheitsgemäß als "Student" bezeichnet. Als er 2001 Juso-Vorsitzender geworden war, litt sein Studium der Geschichte, Geographie und Lateinamerikanistik gewaltig. "Ich mußte damals entscheiden: Gehe ich zur außerordentlichen Parteivorstandssitzung, oder gehe ich in die Vorlesung?", sagt Annen. Meistens entschied er sich für die Partei. 2005 wurde er Bundestagsabgeordneter, da war das Studium für ihn schon weit weg. Als er versuchte, das für das Examen notwendige Latinum in einem Sommer-Crashkurs zu schaffen, fiel er durch die Prüfung. Er hatte auch in diesem Sommer zu viel Politik gemacht. 28 Semester, also 14 Jahre, hatte er hinter sich, als die Bombe platzte.

Eines Tages machte die "Bild"-Zeitung seine Studentenkarriere zum Großthema. Und legte in der Lokalausgabe mit weiteren Artikeln nach. Der Juso-Chef wurde bundesweit als "Bummel-Student" bekannt. Annen war getroffen, schrieb sich an der Uni aus. Als er 2008 - aus anderen Gründen - in seinem Hamburger Wahlkreis nicht mehr als Kandidat aufgestellt wurde, drückte Annen, damals 35, noch einmal die Studienbank. Weil er noch Abgeordneter war, hielt er sich an einen strikten Plan, um Studium und den Parlamentarier-Beruf unter einen Hut zu bringen. Das hätte er schon früher so machen sollen, findet er heute. 2009 machte er an der Freien Universität Berlin seinen Bachelor in Geschichte. Ein Amerika-Aufenthalt bot ihm die Gelegenheit, zwei Jahre später noch einen Master an einer renommierten Hochschule in Washington zu erwerben.

CDU-Abgeordnete schweigen

Kann ein Abbrecher Staatssekretär oder gar Minister werden? Das Thema sei seit den Ministertagen des Joschka Fischer eigentlich durch, heißt es bei den Grünen; Abbrecher aus den anderen Parteien sind da skeptischer. In der CDU ist der Makel anscheinend so gewaltig, daß vier von fünf angefragten Abgeordneten sich lieber gar nicht äußern wollten. Das Büro von Annette Widmann-Mauz, Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium, ließ ausrichten, die CDU-Politikerin habe keine Zeit, über dieses Kapitel in ihrem Leben zu sprechen. Das Kapitel dauerte ziemlich lang - die 46 Jahre alte Staatssekretärin, die im Bundesvorstand der CDU sitzt, hatte acht Jahre lang Politik- und Rechtswissenschaften an der Universität Tübingen studiert, danach war sie - ohne Abschluß - weitere fünf Jahre Mitarbeiterin am "European Studies Program" der Universität, bis sie in den Bundestag gewählt wurde. Als Beruf gibt sie "Assistentin" an.

Der Hamburger CDU-Abgeordnete Rüdiger Kruse, der ein Medizin-Studium abgebrochen hat, ließ durch das Beratungsunternehmen UMPR - Motto: Mut zur Kommunikation - ausrichten, er wolle nichts sagen, weil er keine Homestorys mache und gerade mit der Vorbereitung seiner Themen für den Wahlkampf beschäftigt sei. Die CDU-Abgeordneten Stefanie Vogelsang aus Berlin-Neukölln und Thomas Jarzombek aus Düsseldorf reagierten auf die Anfrage erst gar nicht.

Union beäugt Mitglieder ohne Abschluß kritisch

Allein Bernd Siebert, CDU-Verteidigungspolitiker, zeigte sich zum Gespräch bereit. Der 63 Jahre alte Hesse hatte sich vor mehr als vier Jahrzehnten in Marburg neun Jahre lang mit Mathematik und Physik herumgequält. Er war damals in der Jungen Union aktiv, im Studentenparlament, im Kreistag. "Ich hatte einfach mehr Lust auf Politik", sagt Siebert.

Als die Mutter starb - sie hatte ihn noch ermahnt, das Studium zu beenden -, ging Siebert in den Familienbetrieb, eine Spedition. "Ich hatte das Glück, daß ich den elterlichen Betrieb hatte. Deswegen hat mich nie jemand danach gefragt, warum ich das Studium nicht abgeschlossen habe", sagt er. Später fragten seine Söhne, die selbst erfolgreich studieren oder studiert

haben, warum er nicht abgeschlossen habe. "Das war mir schon unangenehm", sagt Siebert, der die Spedition längst verkauft hat und eine Beratungsfirma führt. Zurzeit, solange er Abgeordneter ist, berät er nur seine eigene Frau, die eine Apotheke betreibt.

Neulich hat er einen anonymisierten Fragebogen bekommen von einer Universität. "Hochschule mit Abschluß" oder "Hochschule ohne Abschluß" konnte man dort ankreuzen. "Den habe ich dann doch zerrissen", sagt der CDU-Mann. In der Union werde man ohne abgeschlossenes Studium kritisch beäugt. "In meiner Partei wird es sicherlich am längsten dauern, bis man dem weniger Bedeutung beimißt", sagt Siebert.

Wird man als Politiker ohne Abschluß unfreier, abhängiger? Kann ein solcher Politiker überhaupt etwas anderes machen? Frank Schwabe, der Gästeführer, fragt sich das schon. Er hat zum Glück einen sicheren SPD-Wahlkreis. Omid Nouripour ist international so viel herumgekommen, daß er sicher ist, einen anderen Job finden zu können. So sieht es auch Volker Beck für sich. Für einige Zeit in einer UN-Mission zu arbeiten, fände er spannend. Jan Mücke will, wenn er keinen Posten in der Bundesregierung mehr hat, nach einer Anstandspause wieder ins Immobiliengeschäft einsteigen.

Politikersein verändert die Persönlichkeit

Etwas anders äußern sich Politiker, die schon einmal raus waren aus der Politik. Zwar glaubt auch Dietmar Nietan, daß er eine Stelle bei einer Stiftung oder in der Politikberatung finden würde. Als er 2005 nicht wieder in den Bundestag gewählt wurde, war er allerdings froh, daß ihm der damalige Fraktionschef Peter Struck und der Europapolitiker Martin Schulz eine Stelle als Koordinator zwischen den SPD-Abgeordneten in Berlin und Brüssel anboten.

Bernd Siebert, der CDU-Mann, war geknickt, als er 2009 nicht mehr in den Bundestag einzog - nach zehn Monaten war die Leidenszeit zu Ende, als Nachrücker konnte Siebert wieder Abgeordneter sein. Annen, der Abbrecher, der dann doch noch studierte, sieht es so: "Für mich haben die Abschlüsse einen Wert, weil ich dadurch eine größere berufliche Unabhängigkeit habe. Es ist leichter, etwas anderes beruflich zu machen." Und Kathrin Vogler, die friedensbewegte Linkspartei-Frau, gibt zu, daß sie schon einmal die eine oder andere Stelle im Auge hatte, für die sie wegen eines fehlenden Abschlusses nicht in Frage kam. Auch daß sie "Conflict Studies", einen Aufbaustudiengang, nicht belegen kann, bedauert sie.

Manche Abbrecher, wie Daniela Wagner, haben probiert, ihr Studium fortzusetzen - doch Zeit und Energie reichten nicht, zumal sich die Studienordnungen mittlerweile verändert haben. Andere tragen sich mit dem Gedanken, es noch einmal zu versuchen. Die meisten befragten Politiker ohne Abschluß würden anderen raten, ein Studium zu Ende zu machen. Der Grüne Nouripour sagt, er rate nicht unbedingt, zu Ende zu studieren; es könne, je nach Person und Situation, richtig oder falsch sein. Er habe, wie so viele andere, eine gebrochene Biographie, habe dennoch seinen Weg gemacht und wolle "bestimmt nicht Wissenschaftsminister werden". Doch so ganz läßt ihn der Gedanke an sein Studium nicht los. Sein persönliches Umfeld, so sagt der Grüne, lasse ihn manchmal etwas wehmütig werden angesichts seiner nicht vollendeten akademischen Karriere. "Meine Frau hat ihr Studium abgeschlossen trotz erschwelter Bedingungen - denn sie war zu dieser Zeit schon mit mir zusammen."

Niels Annen jedenfalls hat seiner Auszeit von der Politik viel abgewonnen. "Mein Alltag als Abgeordneter war: um acht Uhr ins Büro, dann Besprechung mit dem Büroleiter, dann ein Termin nach dem anderen und dann um 23.30 Uhr mit dem Auto zurück in die Berliner Wohnung", sagt er. Erst als er 2009 aus dem Bundestag ausgeschieden war, entdeckte er, wo die nächste Bushaltestelle neben seiner Wohnung lag. Eine Auszeit von der Politik tue nicht nur gut, um die Bushaltestelle zu finden. "Politikersein kann einem sehr schmeicheln, man erfährt eine enorme Aufmerksamkeit, viel Ablehnung, aber auch extrem viel Zustimmung. Das macht schon etwas mit der Persönlichkeit", sagt Annen. Das könnte der wahre Grund dafür sein, daß ein Studium doch nicht so wichtig ist.<<